

Arbeiterpolitik

Informationsbriefe für unsere Leserinnen und Leser



Demonstration im Wedding am 11. Juli 2026, Foto vom Bündnis

■ ZUM INHALT DIESER ZEITUNG:

Aussichten vor den Landtagswahlen im September 2026

„In Berlin-Wedding werden demnächst Waffen hergestellt! Der größte Rüstungsproduzent Deutschlands, Rheinmetall, stellt den ehemaligen Automobilzulieferer Pierburg in Berlin derzeit komplett um. Ab Sommer 2026 sollen dort Artilleriegeschosse vom Band laufen – 45 Kilogramm schwere Munition. Damit wird in Berlin zum ersten Mal seit 1945 wieder Rüstung hergestellt, die überall auf der Welt Krieg und Zerstörung bringt. Gleichzeitig kürzt die Regierung massiv in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Bildung, Kultur, Mobilität und Klima und setzt arbeitende und erwerbslose Menschen stark unter Druck. Dieser Entwicklung wollen wir nicht tatenlos zuschauen, sondern unseren Widerstand auf die Straße tragen!“

<https://keinewaffenproduktionberlin.noblogs.org/824>

Dieser Aufruf benennt die Militarisierung der Gesellschaft, mit der die Bevölkerung auf einen Krieg gegen

Russland eingestimmt werden soll. Die Vorgänge der Umwandlung von Pierburg als Autozulieferer zur Waffenschmiede von Rheinmetall zeigen die Schwierigkeiten, bei den Belegschaften Gehör zu finden, in denen die Konversion von ziviler zu militärischer Produktion angekündigt wurde oder bereits umgesetzt wird.

„Nur wenn eine außerparlamentarische und überparteiliche Friedensbewegung größere Massen anspricht und gewinnt, wird sich dies auch im wachsenden Einfluss innerhalb der Gewerkschaften ausdrücken. Bis dahin bleiben die Bemühungen, Belegschaften deren Arbeitsplätze von der Rüstungsproduktion abhängen oder durch die Umstellung dazu gesichert werden, ein mühseliges Geschäft. Es braucht einen langen Atem“, schrieben wir im April 2026.

<https://arbeiterpolitik.de/2026/05/buendnis-gegen-ruestungsproduktion-im-wedding>

Wir befassen uns in dieser Ausgabe der „Arbeiterpolitik“ schwerpunktmäßig mit den aktuellen militärischen Aggressionen, mit denen die westliche Wertegemeinschaft, die NATO unter Führung der USA, ihre globale Vorherrschaft zu verteidigen sucht. Unmittelbar verknüpft damit sind die Umbauten der Gesellschaften im Interesse der herrschenden Klassen für den globalen kapitalistischen Konkurrenzkampf.

In den letzten Wochen haben die Verbände der deutschen Industrie und Arbeitgeber ihre Erwartungen an die Bundesregierung formuliert, begleitet vom medialen Druck über die entsprechenden Presseorgane. Wenn die Bundesregierung diesen Erwartungen noch nicht in ausreichendem Maße nachgekommen ist, so liegt dies an der Rücksichtnahme auf das jeweilige Wählerklientel der Koalitionspartner.

In der Union dominieren die Vertreter des Kapitals die politische Ausrichtung im Sinne ihres Kanzlers Merz; der Arbeitnehmer-Flügel in Gestalt der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) hat rapide an Einfluss verloren. Dies entspricht dem schwächer gewordenen Einfluss des DGB gegenüber den Verbänden der Wirtschaft, die sich der hemmend gewordenen Rücksicht auf die bisherigen Formen der Sozialpartnerschaft entledigen wollen. Die SPD, die mit Rücksicht auf ihre traditionelle Wählerklientel sich noch nicht allen Erwartungen des Kapitals beugen will, wird in der Union als Hemmschuh betrachtet, den man sich zurechtbiegen oder dessen man sich notfalls entledigen will.

So werden die Forderungen des deutschen Kapitals scheinbarweise umgesetzt: mit dem Abbau des Rentenniveaus und der Abschaffung der abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren, mit den Einschnitten bei der Pflege- und Krankenversorgung zu Lasten der Betroffenen und Beschäftigten, mit den vorgeschlagenen Änderungen bei den Arbeitszeiten, mit dem der Achtstundentag abgeschafft werden soll. All dies sichert der Koalition von Union und SPD nur kurzfristig das Überleben. Bundeskanzler Merz rechtfertigt und verteidigt die Kompromisse als letzte Chance einer Koalition aus den traditionellen Altparteien der BRD. Die tiefer greifenden Entscheidungen werden wohl nach den Landtagswahlen im Herbst des Jahres fallen.

Die Absicht der Bundesregierung, durch Übernahme von AfD-Forderungen deren Aufstieg zu verhindern, ist bisher gescheitert und die Landtagswahlen werden dies voraussichtlich bestätigen. Die AfD hat auf ihrem letzten Parteitag durch ihren Auftritt ihre Koalitionsbereitschaft als auch ihren Führungsanspruch bekräftigt. Ob die weitere Rechtsentwicklung gestoppt werden kann, entscheidet sich für uns nicht an der parlamentarischen Auseinandersetzung um die „Brandmauer“. Die Angriffe der herrschenden Klasse werden weiter gehen, egal in welchen politischen Konstellationen auf Landes- und Bundesebene regiert wird.

Für uns entscheidend bleibt, ob innerhalb der Lohnabhängigen der Widerstand gegen die Absichten und Angriffe des Kapitals wächst. Unsere Aufgabe besteht darin, antimilitaristische und antikapitalistische Inhalte in den Klassenkampf zu tragen, um eine langfristige Perspektive mit und aus der Arbeiterbewegung zu entwickeln. Unter diesem Gesichtspunkt haben wir die Kor-

respondenzen und Artikel für diese Printausgabe zusammengestellt. Der nur kurzfristigen und kurz-sichtigen Alternative zur Umstellung der Betriebe auf Kriegswirtschaft wollen wir entgegenstehen, auch wenn die Begleichungen darin zunächst den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und Existenzgrundlage sehen. Initiativen wie „Rheinmetall entwaffnen“ oder das „Berliner Bündnis gegen Waffenproduktion“ gehören zu unseren Bündnispartnern.

A.H., 10.07.2026 ■

Heft Nr. 3 · August 2026 · Jahrgang 67

Aussichten vor den Landtagswahlen im September 2026	1
Das Kuckucksei der kapitalgedeckten Rente	3
Kundgebung in Berlin: Gegen die Gesundheitspolitik der Bundesregierung	7
Die Finanzprobleme der gesetzlichen Krankenkassen	9
Korrespondenz Hamburg: Wiederkehr der Berufsverbote	12
Korrespondenz DGB-Demonstration am 1. Mai in Hamburg	13
Der diesjährige 1. Mai in Kassel Die Kriege kosten unvorstellbare Summen – Jetzt werden wir zur Kasse gebeten!	14
Info- und Diskussionsveranstaltung der Hanauer Friedensplattform : Sozialkahltschlag für Großmachtziele	16
Korrespondenzen: Griechische Delegation besucht die BRD „Wir vertreten eine grundsätzliche Antikriegsposition“	19
Die Stützpunkte der USA und der NATO in Griechenland und ihre Rolle auf der heutigen geopolitischen Landkarte	22
Griechische Delegation besucht Salzgitter	25
Dokumente gegen den Krieg Erklärung der Anti-Nato-Aktion, Athen	27

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des
Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
Adresse: GFSA e.V. • Weststraße 20 • 57072 Siegen
Konto: GFSA e.V. • Postbank Hamburg • BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE 28 2001 0020 0410 0772 05
kontakt@arbeiterpolitik.de • Internet: arbeiterpolitik.de

Das Kuckucksei der kapitalgedeckten Rente

Mit der Rentenreform verfolgt die CDU/CSU/SPD-Koalition mehrere Ziele, die sich offensichtlich widersprechen: Sie will Privatversicherungen den Zugriff auf Rentenbeiträge ermöglichen, andererseits aber den Beitragzahlenden die Illusion vermitteln, dass sie bei gleichbleibenden Zahlungen am Ende mehr herausbekommen. Interessen des Finanzkapitals sollen bedient werden, gleichzeitig aber auch die Wiederwahl der Regierungsparteien gesichert bleiben. Das Rentensystem ist, wie alle Sozialsysteme in der kapitalistischen Gesellschaft, kompliziert, um die unterschiedlichen Interessen und Soziallagen so auszugleichen, dass die Lohnabhängigen insgesamt meinen, damit leben zu können. Gleichzeitig muss man eben fast ein Experte sein, um diese Widersprüche zu entschlüsseln.

Angriff auf die umlagefinanzierte Rente

Die über Jahrzehnte stabil gehaltene und hochgelobte umlagefinanzierte Rente wurde in der BRD bekanntlich 1957 von der Adenauer-Regierung eingeführt. Das Prinzip ist einfach: Die lohnabhängig erwerbstätige Bevölkerung zahlt aufgrund festgelegter Beitragshöhen in die Deutsche Rentenversicherung ein. Aus diesem Kassenbestand wird die altersmäßig ausgeschiedene Generation bezahlt, während gleichzeitig die Aktiven dadurch Anspruch auf Rentenzahlung ihrer Nachfolgenden erwerben. Sollte die Umlage insgesamt nicht reichen (etwa, weil versicherungsfremde Leistungen wie seinerzeit Soziallasten der „Wiedervereinigung“ oder gegenwärtig die „Mütterrente“ aus der gesetzlichen Rentenversicherung finanziert werden), wird ein Bundeszuschuss aus Steuermitteln herangezogen.

Seit vielen Jahren hören wir aber Klagen, dass dieses System nicht mehr funktioniere. Akribisch wird uns vorgerechnet, dass immer weniger Beitragzahlende nun immer mehr Rentner „alimentieren“, um daraus den Schluss zu ziehen, dass weitreichende, grundlegende Änderungen notwendig sind. In der Debatte zur „demografischen Entwicklung“ wird – von vielen Teilnehmenden sicher auch bewusst – der Zusammenhang von Produktivität¹, guten Löhnen und ausreichenden Renten geflissentlich ignoriert, wie er in der Umlagefinanzierung der Rente seit 1957 umgesetzt wurde (nicht abschließend gelöst: Das ist eine Verteilungsfrage, ein andauernder Klassenkampf).

Die gegenwärtige Rentendebatte hat viele Facetten, wir wollen uns in diesem Artikel auf eine davon fokussieren: die „Aktienrente“, mit der uns schon die „Ampel“-Koalition mit ihrem dann an der Wahlurne gescheiterten Finanzminister Lindner (FDP) beglücken wollte und von der uns die aktuelle CDU/CSU/SPD-Koalition nun eine



Rentner beim Klönschnack im Kieler Schützenpark (1973)

Damals konnte sich noch niemand an vorstellen, dass es kapitalgedeckte Rentenanteile geben würde.

Quelle: wikipedia CC BY-SA 3.0 DE

weitere Variante beschert. Es geht darum, in die gesetzliche Rente eine tiefe Schneise zu schlagen, indem man am Rentenniveau ansetzt. Derzeit liegt es bei 48 %, was bis 2031 festgelegt sein soll (bekanntlich handelt es sich dabei um ein fiktives Rechenmodell einer Standardrente nach 45 Beitragsjahren auf Basis des Durchschnittslohns). Bis 2031 soll auch der Rentenbeitrag bei derzeit 18,6 % garantiert bleiben.

Was kommt nach 2031? Die Koalition verspricht jetzt: Weder senken wir das Rentenniveau, noch erhöhen wir den Rentenbeitrag. Wie soll das gehen? Die Antwort sind Rechentricks und der Zugriff auf zusätzliche Zahlungen außerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung. Wenn man die „drei Säulen“ gesetzliche Rente, betriebliche Rente und neu eingeführte kapitalgedeckte Privatrente zusammenrechnet, fantasieren manche Medienbeiträge ein Rentenniveau von 53 % herbei (das es zu Zeiten etwa der Kohl-Regierung gegeben hat). Aber erstens erfordert dies zusätzliche Beitragszahlungen (also Erhöhung durch die Hintertür) und zweitens den Aufbau eines Kapitalstocks, der nach Einschätzung von Studien erst nach etwa zehn Jahren Zuwächse bei den Rentenauszahlungen bringt.

Zur Planung der Kapitalrente

Der erste Ansatz, solch ein Kuckucksei in das bewährte umlagefinanzierte Rentensystem zu legen, war die Riesenrente. Sie scheiterte bekanntlich an dem Missverhältnis von bürokratischem Aufwand, hohen Profiten für die Versicherungskonzerne und minimalem Ertrag für die „begünstigten“ Rentner:innen. Weitere Äußerungen dazu wollen wir uns hier ersparen.

Nun folgt der nächste Schlag zur Demontage der umlagefinanzierten Rente zugunsten der Geschäfte des Finanzkapitals. So heißt es in Empfehlung 27 der Rentenkommission: „Die Kommission empfiehlt eine Stärkung kapitalgedeckter Elemente in der Alterssicherung. Sie sieht darin einen wichtigen Schritt, um das Gesamtversorgungs-niveau für Rentnerinnen und Rentner in

¹ vgl. hierzu folgendes historische Beispiel: Wer hätte in der vorindustriellen Zeit, in der je nach Region- 70 – 80 % in der Landwirtschaft arbeiteten, sich vorstellen können, dass in hochindustrialisierten Ländern unserer Zeit weniger als 5 % der Bevölkerung genügen, um eine Gesellschaft wie in der BRD zu ernähren (von Kritik an globalen Ausbeutungsstrukturen wird hier einmal abgesehen, die aber auch nicht die einzige Erklärung sein können, eben neben der Produktivität z. B. in der EU)?

Deutschland nicht nur zu stabilisieren, sondern mittelfristig deutlich zu erhöhen.“ Und weiter in Empfehlung 28: „Die Kommission empfiehlt die Einführung einer obligatorisch kapitalgedeckten Renten-Komponente im Rahmen der GRV (gesetzliche Kapitalrente). Dazu sollen individuelle Kapitalkonten für die Beitragzahlenden eingerichtet werden. Empfohlen wird ein paritätisch finanzierter zusätzlicher Beitragssatz von zwei Prozent. Die Beiträge sollen nach schwedischem Vorbild zentral verwaltet und am Kapitalmarkt angelegt werden. Die Kapitalrente soll im Rahmen der Gesamtreform dazu beitragen, dass längerfristig das Rentenniveau in der ersten Säule wieder spürbar steigt.“

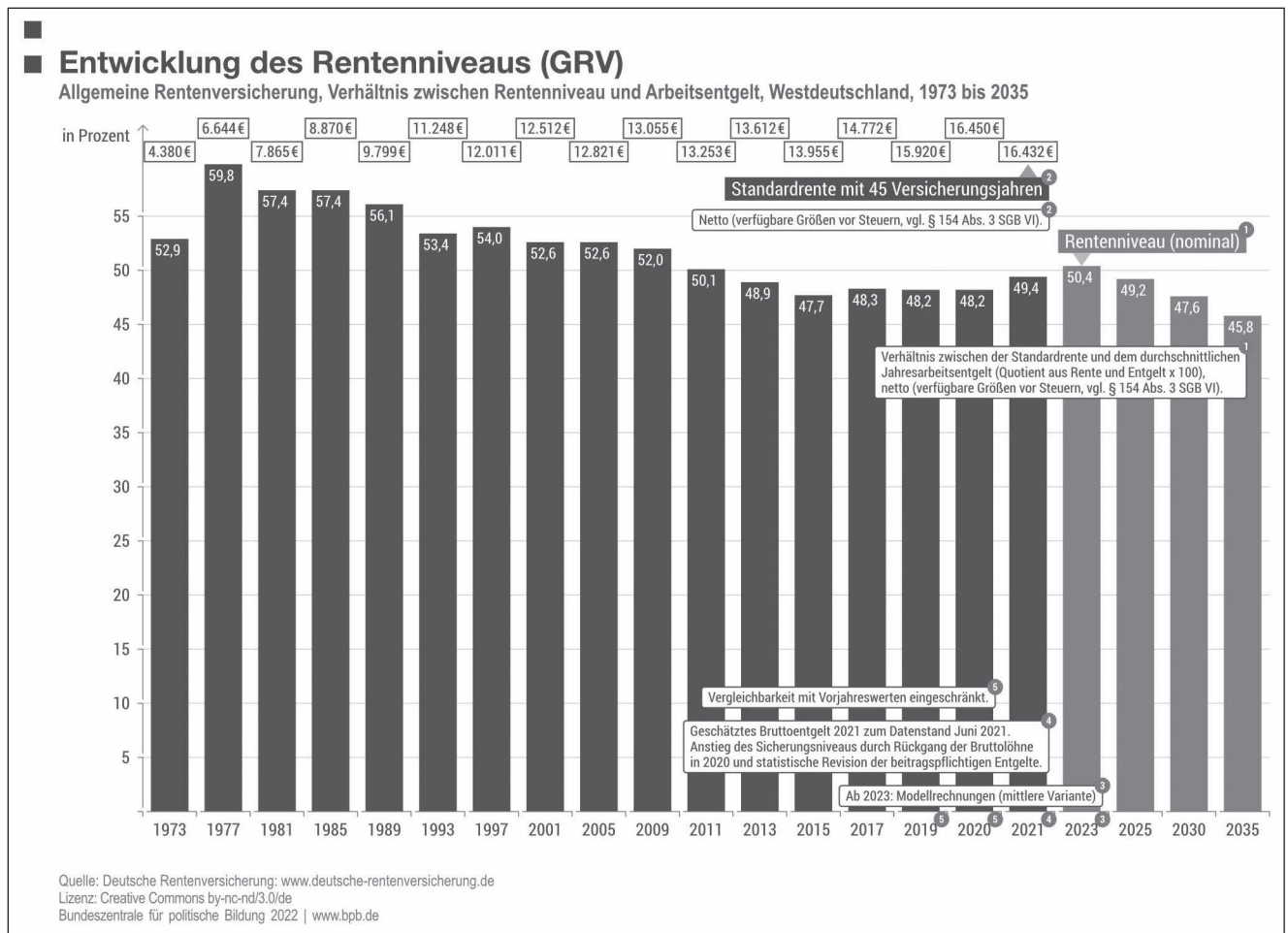
Ab 2028 sollen im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung 0,5% der Bruttoeinkommen – paritätisch finanziert – an einen Kapitalfonds abgeführt werden. Dieser Beitrag soll bis 2031 auf 2,0% anwachsen. Und das soll zusätzlich zu den normalen Beiträgen zur Rentenversicherung geleistet werden.

Unternehmerverbände nehmen die geplante Kapitalrente positiv auf, sehen aber teilweise (BDA) die Zusatzkosten „kritisch“, andere wie BDI und die Versicherungskonzerne wollen vor allem den Staat daraus halten. Von dem üblichen Aufschrei „Unbezahlbar!“ ist aber erstaunlich wenig zu hören. Experten, Journalist:innen oder Politiker:innen, die sonst jede kleinste Rentenverbesserung als unverantwortlich brandmarken, nehmen an der Mehrbelastung keinen Anstoß.

Ganz im Gegenteil. Die Rentenkommission verspricht, dass mit Hilfe der Kapitalrente nicht nur das Absinken des Rentenniveaus bis 2050 von 48 auf 46 Prozent verhindert werden kann. Sie hält es sogar für möglich, das Rentenniveau auf diese Weise auf 50 – 53 % zu erhöhen – ein Betrag, der zuletzt in den neunziger Jahren zur Zeit der Kohl-Regierung gegolten hat. Bekanntlich gab deren Sozialminister N. Blüm die Parole aus: „Die Renten sind sicher!“ Der Einbruch erfolgte eine Bundestagswahl später mit W. Riester.

Vergleich Schweden-Rente

Als Vorbild für diese Struktur wird das schwedische Rentensystem herangezogen. In Schweden hat die Alterssicherung hauptsächlich drei Elemente: 1. umlagefinanzierte Rente, 16 % der Bruttolohnsumme; 2. eine obligatorische Prämienrente, 2,5 % des Bruttolohns. Diese beiden Rentenarten erfordern also 18,5 % der Bruttolohnsumme, vergleichbar unserem Rentenbeitrag von 18,6 %. Aber es gibt einen wesentlichen Unterschied: Von den 18,5 % bezahlt in Schweden der Unternehmer 11 %, die abhängig Beschäftigten 7,5 % (diese 7,5 % werden auf die Steuerlast der Beschäftigten angerechnet und mindern die Steuerzahlung. Dann hat das schwedische Rentensystem noch eine 3. Säule: die Betriebsrente. Sie wird ausschließlich von den Unternehmen bezahlt, die dafür mindestens 4,5 % der Bruttolohnsumme aufwen-



Die Statistik der Deutschen Rentenversicherung zeigt den Rückgang des Rentenniveaus von knapp 60% auf unter 50% des Einkommens

den und am Kapitalmarkt anlegen müssen. 90 % der schwedischen Rentner sind durch eine Betriebsrente gesichert.

Aus diesen drei Säulen erhalten die schwedischen Rentner:innen eine deutlich höhere Rentenleistung als die deutschen. Ihr Sicherungsniveau aus allen Elementen beträgt für einen Vollzeitbeschäftigten knapp 80 Prozent des Nettolohns. Dafür müssen die Schweden keineswegs länger arbeiten als wir Deutschen. Das durchschnittliche Rentenzugangsalter in der Einkommensrente in Schweden ist 64,5 Jahre, während es in Deutschland inzwischen bei 64,7 liegt. Was die Bezugsdauer betrifft, ist interessant zu wissen, dass die durchschnittliche Lebenserwartung in Schweden 2,6 Jahre länger ist als in Deutschland, woraus logisch folgt, dass die Rentenbezugszeit in Schweden deutlich länger sein müsste als bei uns.

Der Standardwert der Einkommensrente aus der Umlageversicherung, der in Schweden mindestens 50 Prozent des vorigen Nettolohns sichert, wird in Schweden in 40 Versicherungsjahren erreicht. Bei uns braucht man dazu 45 Jahre seit der Rentenreform von 1991. Würde man zu den 40 Jahren zurückkehren, müsste man den jährlichen Rentenwert um 5 Punkte erhöhen.

Erwartungen an die kapitalgedeckte Rente

Um die Kapitalrente dem breiten Publikum schmackhaft zu machen, wird die schwedische Prämienrente als Vorbild aufgebaut. Doch dies ist der schwächste Teil des schwedischen Drei-Säulen-Systems, wie die o. a. Beitragszahlungen nahelegen. Von den allein durch die Unternehmen zu leistenden Betriebsrenten ist dagegen hierzulande keine Rede. Nun soll das schwedische System von hier aus nicht glorifiziert werden. Es ist – wie auch andere, etwa das österreichische Rentensystem – besser als unseres, könnte in Teilen Vorbild für Forderungen in sozialen Auseinandersetzungen sein. Aber auch Schweden ist ein kapitalistisches Land, sein Sozialsystem in letzter Instanz abhängig von den Machtverhältnissen, der ökonomischen Entwicklung und den Klassenfragen.

Die kapitalgedeckte Rente soll in der BRD offenbar so organisiert werden, dass die „Begünstigten“ sich eine Privatversicherung selbst aussuchen dürfen. Wer darauf verzichtet, soll automatisch in einen von Bund und Ländern organisierten Staatsfonds eingebracht werden.

Wir bringen hier abschließend die Einschätzung von Sebastian Dullien, der als Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunktur der Hans-Böckler-Stiftung ein Kenner der Materie ist. In einem Interview mit der Zeitschrift „Freitag“, Nr. 27, 2. Juli 2026, äußert er sich zu den Aussichten einer börsengestützten Kapitalrente mit der für Prognosen gebotenen Vorsicht: „Wir haben in der Hans-Böckler-Stiftung in vielen Simulationen gezeigt, dass das umlagefinanzierte System viel stabiler und nachhaltiger ist, als es gerne behauptet wird. Die Einführung der Kapitaldeckung, die die Kommission vorschlägt, wird zunächst dazu führen, dass die Kosten für Beitragszahlerinnen und -zahler viel stärker steigen als bisher.“

Das ist das eine. Der Journalist fragt nun nach den Risiken an der Börse: „Wenn es an den Börsen zu länger

anhaltenden Krisen kommt, dann kann es tatsächlich zu einer Situation kommen, bei der das Sicherungsniveau nicht steigt, in dem Fall müsste der Bund einspringen und mehr Geld für die Rentenversicherung bereitstellen. Die Versicherten sollen künftig aus verschiedenen Anlagemöglichkeiten wählen dürfen. Das kann dazu führen, dass Rentner Verluste erleiden, wenn sie auf das falsche Portfolio gesetzt haben.“ Im Zweifel haften also der Staat und die Rentner:innen für die Spekulanten am Finanzmarkt.

Aber was ist mit den bisherigen Erfolgen des schwedischen Modells? Antwort hierauf: „In Schweden wurde die kapitalgedeckte Rente im Jahr 1999 eingeführt. Seitdem waren die Renditen tatsächlich ziemlich hoch. Es gab aber auch andere Versuche der Kapitaldeckung, unter anderem in Chile, wo das Ergebnis eher ernüchternd war, weil zum Beispiel die Verwaltungskosten zu viel der Erträge aufgefressen haben. Aber auch in Schweden sollte man genauer hingucken und prüfen, ob die kapitalgedeckte Rente dort erfolgreich ist, weil das Modell so gut konzipiert wurde, oder weil die Schweden möglicherweise einfach nur ein paar Jahrzehnte viel Glück hatten.“

Berichte des schwedischen Rentenversicherungsamtes bilden die Realität in anderer Weise ab: Demnach zeigten die Renditen in den ersten dreizehn Jahren seit 2001 extreme Ausschläge, erst seit 2014 ging es in der realen Verzinsung in die Region von sechs bis sieben Prozent.

Fazit

Im Gesamtergebnis kann die neue Zusatzrente auf Basis der Kapitaldeckung die Senkung des umlagefinanzierten Rentenniveaus, die durch vorgeschlagene Maßnahmen der Rentenkommission (vgl. Kasten) erfolgen wird, nicht kompensieren. Die Unternehmerverbände wollen die Lohnkosten senken, die Versicherungskonzerne den Zugriff auf Versicherungspolicen erreichen. Dafür sollen die Beiträge insgesamt, nämlich zusätzlich durch die Kapitalrente, eben doch erhöht werden. Deshalb werden Teile des „Schwedenmodells“ gefeiert und die Risiken des Aktienkapitals verschwiegen.

10.7.2026 ■

Nachfolgend eine Zusammenstellung von weiteren „Vorschlägen“ der Rentenkommission zur „Neuordnung“ der Gesetzlichen Rente, die die CDU/CSU/SPD-Koalition als „Gesamtkunstwerk“ (so Bärbel Bas) möglichst unverändert umsetzen will:

Empfehlung 5 Kopplung an die Lebenserwartung: Wenn die gesetzlich Rentenversicherten 12 Monate länger leben, sollen sie 8 Monate länger arbeiten und dürfen 4 Monate länger Rente beziehen.

Empfehlung 6: „Die Kommission empfiehlt, den abschlagsfreien Renteneintritt für besonders langjährig Versicherte abzuschaffen.“

Empfehlung 8: „Die Kommission empfiehlt, die Altersgrenze für die Rente für langjährig Versicherte zeitnah von 63 auf 64 Jahre zu erhöhen. Danach soll sie parallel zur Entwicklung der Regelaltersgrenze angehoben werden. Das Renteneintrittsfenster soll dadurch auch bei Anhebung der Regelaltersgrenze bei drei Jahren bleiben.“

Empfehlung 9: Die Abschlüsse bei vorzeitigem Renteneintritt und die Zuschläge bei aufgeschobenen Renteneintritt sollen alle 5 Jahre überprüft und neu berechnet werden.

Empfehlung 11: „Die Kommission empfiehlt, Reformoptionen zu prüfen, welche die Hinterbliebenenversorgung an die geänderten gesellschaftlichen Normen und Rahmenbedingungen anpassen.“

Empfehlung 14: Die Rentenanpassung soll weiterhin an Löhnen und Demografie gekoppelt bleiben. Da immer weniger Beitragszahler immer mehr Rentner finanzieren müssen (so die hier bereits kritisierte Begründung),

bremst der Nachhaltigkeitsfaktor den Anstieg der Rente ab. Bis jetzt ist der Nachhaltigkeitsfaktor ausgesetzt. Bislang war der Wert so eingestellt, dass die Rentner einen Teil der demografischen Last trugen, während ein größerer Teil bei den Beitragszahlern lag (durch steigende Beiträge). Die Wiedereinführung bedeutet: Wenn die Anzahl der Rentner im Verhältnis zu den Beitragszahlern steigt, wird die Rentenanpassung geringer ausfallen, als es die reine Lohnentwicklung allein vermuten ließe.

Empfehlung 26: „Die Kommission empfiehlt, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (Minijobs) ohne Opt-out-Möglichkeit in die GRV einzubeziehen und ihren steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Sonderstatus abzuschaffen ... In der Folge erübrigt sich auch die gesonderte Berechnung der beitragspflichtigen Einnahmen im Übergangsbereich (Midijobs).“ Geringverdienende sollen also stärker mit Sozialversicherungsbeiträgen belastet werden.

In letzter Konsequenz werden diese Empfehlungen für viele als Ergebnis ein längeres Arbeiten für ein kürzeres Leben haben. Wissenschaftlich erwiesen ist der Zusammenhang: Menschen mit niedrigem Einkommen sterben früher als Menschen mit höherem Einkommen. Nach Daten der Deutschen Rentenversicherung (DRV) sterben sie etwa fünf Jahre früher. Ähnliche Zusammenhänge wurden ermittelt bei langjährigen, stark belastenden Arbeiten.

Positive Ansätze scheinen allein Versprechen auf eine Art Erwerbstätigenversicherung (Beamte, Selbständige, Abgeordnete einbeziehen) und die Aussonderung versicherungsfremder Leistungen (künftig über Steuern zu finanzieren) zu sein. Diese Verheißungen gab es aber auch schon in Regierungserklärungen früherer Perioden, ohne dass sie umgesetzt wurden. Sie werden auch jetzt nur als – so wörtlich – „Idealbild“ angesehen



Westblock – Ostblock
Internationale monatliche Übersichten
von August Thalheimer 1945 – 1948,
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1992

460 Seiten A5 | Broschur | 7,50 EUR

August Thalheimer

Die Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion

Die Sowjetunion von heute
und die sozialistische Revolution
in fortgeschrittenen
kapitalistischen Ländern

Herausgegeben
von der Gruppe Arbeiterpolitik

August Thalheimer
**Grundlagen der Einschätzung
der Sowjetunion**
1946, Gruppe Arbeiterpolitik

43 Seiten A5 | 1,50 EUR

August Thalheimer

Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg

Herausgegeben
von der Gruppe Arbeiterpolitik

August Thalheimer
**Grundlinien und Grundbegriffe der
Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg**
Anfang 1946, Gruppe Arbeiterpolitik

32 Seiten A5 | 1,50 EUR



■ KUNDGEBUNG IN BERLIN:

Gegen die Gesundheitspolitik der Bundesregierung

Am 11. Juni 2026 versammelten sich am Brandenburger Tor in Berlin etwa 3.000 Kolleg:innen, um gegen die Gesundheitspolitik der Bundesregierung zu protestieren. Die Veranstaltung wurde von ver.di, der Krankenhausgesellschaft Berlin und dem Marburger Bund organisiert. Bereits am Vortag hatte es in Hannover zum gleichen Thema eine Demonstration und eine Kundgebung gegeben, an der mehr als 8.000 Kolleg:innen teilgenommen hatten. Zu ihr war bundesweit mobilisiert worden.

Die Breite des Bündnisses in Berlin brachte es mit sich, dass nicht nur gewerkschaftlich organisierte Kolleg:innen gekommen waren, sondern auch Beschäftigte aus den christlichen Krankenhäusern und den von Kapitalgesellschaften betriebenen. Einige Kliniken hatten ihre Mitarbeiter:innen freigestellt. Auffällig war, dass sich viele Angestellte der Sozialverbände dem Protest angeschlossen hatten.

Die Beschäftigten der städtischen Krankenhäuser Vivantes und Charité wie die des jüdischen Krankenhauses¹ traten als Gewerkschafter auf, schwenkten die Fahnen von ver.di und trugen die Westen der Organisation. Einige der mitgeführten Transparente hatten sie selbstständig erstellt, mit Forderungen aus vergangenen wie aktuellen Kämpfen.

Die Kolleg:innen der anderen Krankenhäuser versammelten sich hinter den Emblemen der Gesellschaften, bei denen sie angestellt sind. Sie trugen überwiegend die hauseigene Berufskleidung.

Breites Spektrum der Forderungen

Einig waren sich fast alle Redner darin, den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur „Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung“ abzulehnen und ihn als untauglich zur Lösung der aktuellen Probleme im Gesundheitsbereich anzusehen. Doch bei der Begründung ihrer Position setzten sie unterschiedliche Schwerpunkte.

Die stellvertretende Landesfachbereichsleiterin für den Gesundheitssektor bei ver.di Berlin-Brandenburg, die Kollegin Gisela Neunhöffer, ließ keinen Zweifel daran, dass die Gewerkschaft die Vorschläge der Bundesregierung zur Gesundheitsreform ablehnt². Sie betonte, dass diese zu neuen Belastungen für die Beschäftigten führen und so letztlich auch den Patienten schaden werden. Sie wertete die Maßnahmen zur Budgetierung der Personalkosten als Angriff auf die Tarifautonomie, da mit ihnen zukünftig Tarifabschlüsse nicht mehr vollständig von den Krankenkassen refinanziert werden. Krankenhäuser müssten Lohnerhöhungen, die über der Grundlohnrate liegen würden, aus anderen Mitteln aufbringen, entweder über Personaleinsparungen oder Sachmittelkürzungen.

Neunhöffer gab zeitweise das Mikrofon ab an eine Kollegin, die an vielen Aktionen der Krankenhausbewegung in Berlin teilgenommen und die Tarifabschlüsse der letzten Jahre mitverhandelt hatte. Sie stellte die Auswirkungen der Sparmaßnahmen für den Pflegebereich

1 Das jüdische Krankenhaus ist rechtlich selbstständig und gehört einer Stiftung. Von den neun Mitgliedern des Kuratoriums sind allerdings fünf Vertreter des Landes Berlin.

2 Vgl. die Stellungnahme der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft zum Gesetzesentwurf der Bundesregierung, Berlin 18. Juni 2026



dar. Gerade habe sich die Personalsituation nach den hart erkämpften Tarifverträgen ‚Entlastung‘ in beiden städtischen Krankenhäusern einigermaßen stabilisiert, werden diese Erfolge wieder in Frage gestellt. Die Unternehmensleitung der Charité habe den Tarifvertrag zum Ende der vereinbarten Laufzeit gekündigt und darauf hingewiesen, dass er angesichts der zu erwartenden finanziellen Belastungen durch die anstehenden Gesetze im Gesundheitswesen nicht mehr finanzierbar sei. Die Vivantes-Krankenhäuser werden sich dem sicher anschließen, so ihre Prognose.

Bei Vivantes zeigen sich auf einem anderen Gebiet schon jetzt die Folgen der kommenden Gesetzesänderungen. Dort gelang es nach einem sechzigstägigen Erzwingungsstreik einen Tarifvertrag auszuhandeln, der die Beschäftigten der Töchter in den kommenden Jahren an den TVÖD heranzuführt. Ähnlich wie bei der Charité gelang die Angleichung nur in der Lohnfrage, nicht bei den manteltarifvertraglichen Regelungen. Besonders bitter für die streikenden Kolleg:innen war, dass sie nicht in den Genuss der Betriebsrente kommen sollen, die alle anderen Beschäftigten von Vivantes erhalten. Eine Streikversammlung stimmte dem Verhandlungsergebnis mehrheitlich zu, eine Urabstimmung ist eingeleitet.

Nicht voran geht es dagegen bei der Integration der Töchter in den Gesamtkonzern. Die hatte die Senatskoalition den Beschäftigten im Koalitionsvertrag bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode, also bis September 2026, versprochen. Vor kurzem hatte der Gesundheitsausschuss des Abgeordnetenhauses wie auch der Hauptausschuss dies allerdings mit den Stimmen der CDU- und SPD-Abgeordneten abgelehnt, mit Argumenten, die als klare Absage an das Vorhaben anzusehen sind. Maßgeblich für die Entscheidungen waren finanzielle Belastungen, die auf das Klinikum und den Senat zukämen. Mit der Verabschiedung der Gesundheitsreform werden sich die Chancen für die Einbeziehung der Töchter in den Konzern angesichts der auf die Krankenhäuser zukommenden Einsparungen weiter verschlechtern.

Beide Rednerinnen machten klar, falls es bei den bekannten Eckpunkten des Gesetzentwurfs aus dem Hause Warken bleibe, werde es zu weiteren und noch massiveren Aktionen der Beschäftigten kommen.

Die Vertreter der nicht-städtischen Krankenhäuser stellten die Gefährdung der Standorte ihrer Kliniken ins Zentrum ihre Reden. „Klinikrettung jetzt“ war das Motto, hinter dem sie sich versammelten. An deren Existenz hatte schon die Lauterbachsche Reform aus der letzten Regierungsperiode genagt. Über die drastische Reduzierung der Zahl der Krankenhäuser und der Fachabteilungen in den verbliebenen wollte der Minister die Effizienz der Kliniken verbessern. Eine wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung war nicht sein Thema. Dieses Ziel ließ sich bisher angesichts vielfältiger Widerstände nur zäh durchsetzen. Der aktuelle Vorschlag von Warken versucht nun diesen Prozess zu dynamisieren über drastische Einsparungen bei der Krankenhausfinanzierung. Schon derzeit schreiben drei Viertel der Kliniken rote Zahlen, ein Drittel ist insolvenzgefährdet. Ein massiver Abbau der Pflegekräfte drohe, so mehrere Redner und ein dramatisch eingeschränktes Angebot an medizinischen Grundversorgungsleistungen.

Viel Zuspruch erhielt ein Vertreter des Marburger Bundes, der die in den Krankenhäusern tätigen Ärzte organisiert. Mit nachdrücklichen Worten zeigte er auf, dass die Umsetzung der Warken-Reform auch für Ärzte deutlich verschlechterte Arbeitsbedingungen mit sich bringe und ihre beruflichen Perspektiven drastisch beschränke.

Politische Stellungnahmen

Die für den Gesundheitssektor in Berlin verantwortliche Senatorin Czyborra sah für Berlin vielfältige Probleme bei der Krankenhausfinanzierung auf sich zu kommen, die entweder zu einer Verschlechterung der Versorgung oder aber zu erheblichen Mehrbelastungen des schon an der Grenze des finanziell möglichen angekommenen Berliner Haushaltes führen werden. Alle anderen Teile des „Reformpaketes“, die nicht gesicherte Refinanzierung von Tarifabschlüssen oder die stark ansteigenden Eigenbeteiligungen für die Versicherten im Krankheitsfall, spielten für die SPD-Politikerin keine Rolle. Im Gegenteil. Sie vermittelte den Eindruck, diese Teile des Gesetzentwurfes mittragen zu wollen.

Belanglos blieb die Rede des gesundheitspolitischen Sprechers der CDU. Er verteidigte den Gesetzentwurf, wollte allerdings auch für die Krankenhäuser der Stadt eine gesicherte finanzielle Basis haben.

Die Vertreterin der Linken konnte bei den Beschäftigten punkten. Stella Merendino war vor ihrem Einzug in den Bundestag Notfall-Krankenpflegerin im Vivantes-Klinikum im Wedding. Sie lehnte den Referentenentwurf von Warken ab und hob die Nachteile für die Beschäftigten und die Patienten hervor. Merendino arbeitet auch heute noch gelegentlich im Krankenhaus und ist in der Berliner Krankenhausbewegung gut vernetzt. Sie forderte eine einheitliche Krankenversicherung für alle als Grundlage für eine solidarische Gesundheitspolitik. Ihre Positionen und die der Bundestagsfraktion der Linken deckten sich in den Grundzügen mit denen von ver.di.

Bewertung und Perspektive

Insgesamt handelt es sich bei dem Maßnahmenkatalog aus dem Hause der CDU-Ministerin Warken um einen Anschlag auf die Lohnabhängigen und die auf Transferleistungen angewiesenen Bevölkerungsgruppen. Im Krankheitsverfall werden sich die Gesundheitsleistungen für sie verschlechtern und ihre Eigenbeteiligungen deutlich erhöhen. Alle, die sich die Zuzahlungen nicht leisten können oder Minderleistungen durch Eigenzahlungen kompensieren können, werden mit erheblichen Einschränkungen ihrer gesundheitlichen Situation zurechtkommen müssen. Die Bundesregierung plant bei anderen Sozialversicherungssystemen weitere Leistungseinschränkungen und Kostenbeteiligungen für die Versicherten wie etwa im Pflegereich, beim Wohngeld, beim Elterngeld und bei der Rentenversicherung. Zukünftig werden nur diejenigen noch ein angenehmes Leben führen können, die über hohe Einkünfte verfügen, Mitglieder der Privaten Krankenkassen sind oder hohe Erbschaften erhalten haben.

Wir wissen nicht, ob es wirklich zu einem heißen Herbst gegen die Angriffe der Bundesregierung auf die bisherigen Sozialstandards kommen wird. Immerhin sind die Voraussetzungen dafür gut. Sowohl auf der Bundesebene wie auch in den Regionen haben sich eine Reihe von Bündnissen gebildet, die gegen diese Politik mobilisieren. Träger sind die Gewerkschaften, die Sozialverbände wie private Hilfsorganisationen. Wichtig ist, dass sich in den kommenden Monaten die von den



Entscheidungen Betroffenen nicht spalten lassen und ihren Widerstand bündeln. Zentrale Forderung muss die Rücknahme der eingeleiteten Maßnahmen sein und die Durchsetzung eines einheitlichen Systems der Sozialversicherungen, in die alle die gleichen Prozentanteile ihres Einkommens (gemeint sind alle Einkommensarten) einzahlen und Leistungen nach einkommensunabhängigen Kriterien erhalten.

H.B., 9.7.2026 ■

Die Finanzprobleme der gesetzlichen Krankenkassen

Bei ihrem Antritt im Mai 2025 musste die von den Parteien CDU und SPD gebildete Bundesregierung feststellen, dass die Defizite der Krankenkassen trotz der in den beiden Jahren zuvor stark gestiegenen Zusatzbeiträge weitergewachsen waren und sich in absehbarer Zeit nicht wieder verringern würden. Als Überbrückungsmaßnahme gewährte sie kurzfristig dem Gesundheitsfond ein Darlehen in Höhe von 2,3 Milliarden Euro.

Damit waren die Finanzprobleme der Krankenkassen nicht gelöst. Um Einnahmen und Ausgaben wieder in ein Gleichgewicht zu bringen, setzte das Gesundheitsministerium eine „Finanzkommission Gesundheit“ ein, die im März 2026 einen Katalog von 66 Maßnahmen vorlegte, mit denen die Finanzen der Krankenkassen konsolidiert werden sollten. Ihr Arbeitsauftrag war, „Reformempfehlungen zu Einnahmen und Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zu erarbeiten, mit denen die GKV-Beitragsätze bereits ab dem Jahr 2027 stabilisiert und zugleich ein hohes Qualitäts- und Leistungsniveau gesichert werden kann. Ein besonderer Fokus sollte dabei auf die Begrenzung der Ausgabendynamik gelegt werden“¹.

Damit hatte die Bundesregierung festgeschrieben, dass sie die Finanzprobleme der Krankenkassen nicht

auf der Einnahmeseite sah, aber auch nicht bereit war, strukturelle Fragen bei der Finanzierung von Gesundheitsleistungen anzugehen. Der Schwerpunkt der zu erarbeitenden Vorschläge sollte auf die Einsparung von Kosten bei den Leistungen für die Versicherten gelegt werden. Eine Erhöhung der Krankenkassenbeiträge lehnte sie strikt ab, weil die Arbeitgeber nicht weiter belastet werden sollten.

Doch nicht die explodierenden Kosten sind derzeit das Hauptproblem der Krankenkassen, sondern drastische Einnahmeausfälle und die hohe Unterfinanzierung der Gesundheitskosten für einzelne Bevölkerungsgruppen. Schaut man näher hin, so fallen besonders zwei Bereiche auf.

Corona-Maßnahmen

Dass die Krankenkassen in den kommenden Jahren in finanzielle Schwierigkeiten kommen würden, hatten wir in der Arbeiterpolitik Anfang 2025 vorausgesagt². Als zentralen Grund dafür gaben wir an, dass die damalige Bundesregierung den Tarifparteien durch eine Sonderregelung erlaubte, bis Ende 2024 den Beschäftigten eine Inflationsausgleichsprämie zu zahlen, die nicht nur steu-

1 Vgl. Management Summary – Erster Bericht der Finanzkommission Gesundheit, S. 1.

2 Vgl. Die Auswirkungen der Inflationsausgleichsprämie auf die Sozialkassen, Arpo 2'25.

er-, sondern auch sozialabgabenfrei war. Die Arbeitgeber realisierten sofort, dass sie dadurch hohe Tariflohnsteigerungen vermeiden und die eigenen Beiträge zu den Sozialversicherungen verringern konnten. Sie schlugen den Gewerkschaften vor, in den anstehenden Tarifrunden eine hohe Prämie, verteilt auf eine Vielzahl von Monaten, zu vereinbaren und erst danach wieder zu regulären Lohnerhöhungen zurückzukehren. Der Druck der Arbeitgeber war so stark, dass sich die großen Gewerkschaften darauf einließen.

Dadurch entgingen den Sozialkassen erhebliche Einnahmen, die wir grob bei knapp 40 Milliarden Euro angesetzt hatten. Für die Krankenkassen waren das etwas mehr 15 Milliarden Euro.

Die Inflationsausgleichsprämie ist nicht in die Lohn tabellen eingegangen. Wäre der ausgezahlte Betrag durch eine tabellenwirksame Lohnerhöhung zustande gekommen, hätte die Lohnerhöhung nominell etwa doppelt so hoch ausfallen müssen. Die nicht erfolgte Erhöhung der Tariflöhne bei etwa der Hälfte der lohnabhängig Beschäftigten fehlt also dauerhaft und kann angesichts der damals hohen Inflationsrate nicht schnell kompensiert werden. Ausgeglichen werden könnte die nicht erfolgte Tariflohnsteigerung nur durch deutlich über der Inflationsrate liegende Einkommensverbesserungen in den folgenden Jahren, durch eine dauerhafte Erhöhung der Krankenkassenbeiträge, durch Einsparungen bei den Kassenleistungen oder durch eine Kombination dieser Maßnahmen.

Die Einnahmeausfälle bei den Krankenkassen sind durch die starken Steigerungen der Zusatzbeiträge in den letzten beiden Jahren nur zu einem Teil ausgeglichen worden. Weitere vom Gesundheitsministerium eingeleitete Maßnahmen wie die Reduzierung der Rücklagen der Krankenkassen, die Unterschreitung der Liquiditätsreserven des Gesundheitsfonds und die Vergabe von zinslosen Darlehen verhinderten zwar den Kollaps der Krankenkassen, können die Defizite aber nur kurzzeitig ausgleichen, da die eingesetzten Mittel schon bald zurückgezahlt werden müssen.

Strukturelle Ungleichgewichte

Schon seit langem leiden die Krankenkassen darunter, dass sie einen erheblichen Teil der Kosten für Bevölkerungsgruppen tragen müssen, die keine eigenen Beiträge leisten. Dies betrifft vor allem Grundsicherungsempfänger, Asylsuchende und aus Kriegsgebieten Geflüchtete. In der öffentlichen Diskussion wird hier von einer Unterfinanzierung in Höhe von zwölf Milliarden Euro jährlich gesprochen. Ein Redner auf der Kundgebung vor dem Brandenburger Tor³ bezifferte die Mindereinnahmen gar auf 20 Milliarden Euro. Die Bundesregierung weigert sich, diese Fehlbeträge auszugleichen⁴. Auf Druck der Finanzkommission und der folgenden Debatte erklärte sie sich lediglich bereit, ihre Zahlungen für das Jahr 1926 auf 750 Millionen Euro, für 2027 auf eine Milliarde Euro und dann bis 2031 in kleinen Schritten auf 2,75 Milliarden Euro zu erhöhen.

Viel helfen wird dieses bescheidene Zugeständnis den Krankenkassen nicht. Die Bundesregierung will zugleich den Bundeszuschuss für die Krankenkassen kürzen. Er war ursprünglich dazu da, die versicherungsfremden Leistungen der Krankenkassen, resp. die Kosten für die beitragslose Mitversicherung von Familienangehörigen, auszugleichen. Genau berechnet wurde der aber nie. Er galt schon immer als Manövriermasse bei Problemen der Haushaltsfinanzierung. Seit 2016 ist er stabil bei 14,5 Milliarden Euro geblieben und nicht mehr an die Inflationsrate angepasst worden. So haben die gesetzlich Versicherten in den letzten zehn Jahren die Mehrbedarfe aus ihren Beiträgen aufgebracht. Nach heftigen Diskussionen hat die Bundesregierung den Zuschuss nicht wie ursprünglich geplant für das Jahr 2027 um zwei Milliarden Euro gekürzt, sondern „nur“ um 1,35 Milliarden, sich dafür aber eine jährliche Kürzung von 1,55 Milliarden Euro ab 2028 durch die Bundesländer genehmigen lassen.

Ein weiteres Problem der gesetzlichen Krankenkassen besteht darin, dass die etwa zwölf Millionen Teilzeitbeschäftigten überwiegend Mitglieder bei ihnen sind. Sie haben Anspruch auf eine volle gesundheitliche Versorgung, zahlen aber aufgrund ihres niedrigen Einkommens nur geringe Beiträge.

Entsprechendes gilt für die etwa 7,5 Millionen Minijobber:innen. Bei ihnen war bisher der Beitrag zur Krankenversicherung auf 13 Prozent gedeckelt. Er soll nach Verabschiedung der „Reform“ steigen auf den durchschnittlichen Beitragssatz von 17,5 %, wie bisher allein vom jeweiligen Arbeitgeber bezahlt. Doch wird es nach wie vor eine Vielzahl von Ausnahmen geben, z. B. bei familienversicherten Werkträgern, bei Beschäftigten, die ein reguläres Arbeitsverhältnis haben, bei Haushalts hilfen und bei Privatversicherten.

Jüngst ist bekannt geworden, dass einige Kassenärztliche Vereinigungen⁵ und eine Reihe von Krankenkassen einen Teil ihrer Rücklagen in spekulative Investitionen angelegt und hohe Verluste erlitten haben. Bestätigt ist dies aktuell bei 17 Einrichtungen. Bei den Krankenkassen sollen es nach Einschätzung von Experten mindestens 28 Institute sein, die Versichertengelder in riskante Anlagen gesteckt haben. Bestätigt ist derzeit ein Schaden von 170 Millionen Euro, insgesamt wird ein Verlust von insgesamt 500 Millionen Euro geschätzt.

Privatisierung von Gesundheitsleistungen

Neben diesen staatlichen Eingriffen in die Finanzierung des Gesundheitssystems zehrt die wachsende Privatisierung von Gesundheitsleistungen an den Krankenkassen. Patienten, die auf klassische Gesundheitsleistungen bestehen, müssen zunehmend realisieren, dass sie für viele Anbieter unattraktiv werden. Termine bei Fachärzten bekommen sie nur schnell, wenn sie privatversichert oder Selbstzahler sind. Aus Arztpraxen werden Kapitalgesellschaften, die medizinische Leistungen allein nach Profitmaßstäben anbieten. Entsprechend teuer werden dann die Behandlungen und damit die Belastungen für die Krankenkassen. In Wartezimmern laufen Videos, die

3 Siehe Berliner Korrespondenz in dieser Ausgabe

4 Derzeit klagen die Krankenkassen gegen diese Regelung.

5 Sie verteilen die Gelder aus dem Gesundheitsfonds an die Ärzte



Proteste gegen Kürzungen im Gesundheitswesen – Hannover 2026

© Ingo Müller

aufwendige OPs anbieten statt konventioneller Therapien. Das Gespräch mit dem Arzt endet immer häufiger mit dem Angebot von IGeL-Leistungen, die keinen therapeutischen Nutzen haben. So wird der Patient genutzt, um Zusatzeinnahmen für Ärzte zu generieren. Die Krankenhäuser werden als Wirtschaftsunternehmen geführt, die durch eine bewusst gesteuerte Unterfinanzierung in die Insolvenz getrieben werden. Allein medizinische Hochleistungszentren werden von der ab 2026 umgesetzten Krankenhausreform als überlebensfähig angesehen. Die allgemeine Versorgung mit medizinischen Leistungen wird mit ihr vor allem in der Fläche zu einem Auslaufmodell.

Missbrauch der Sozialversicherungssysteme

Die aktuelle Schieflage der Krankenkassen hat nichts damit zu tun, dass die Beitragszahler zu wenig in die Kassen zahlen oder Leistungen abfordern, die ihnen nicht zustehen. Das Geld der Krankenkassen ist zu einer Mänuviermasse geworden, um kurz- und langfristig Probleme des Bundeshaushaltes zu lösen. Leistungen, die die gesetzlichen Krankenkassen erbringen, werden nicht ausreichend refinanziert, da das Geld für eine massive Aufrüstung bereitgestellt werden muss. Zugleich wächst die Zahl der gesellschaftlichen Gruppen, die hohen Beträge aus dem Versicherungssystem ziehen, ohne selber medizinische Leistungen anzubieten.

Mitglieder der Privatkassen, Unternehmer, Selbständige, Arbeitnehmer mit extrem hohen Einkommen und Beamte leisten zu den angesprochenen Problemen nur einen geringen Beitrag. Sie genießen darüber hinaus noch einen privilegierten Zugang zu den medizinischen

Leistungen. Der Teil ihres Einkommens, der aus anderen Quellen als der Erwerbsarbeit kommt, etwa aus Kapitaleinkünften, Wertsteigerungen bei Immobilien, Aktieneinkünften und Erbschaften wird nicht nur deutlich niedriger besteuert als die Lohnarbeit, er ist auch sozialabgabenfrei. Würde man alle Einkunftsarten bei der Steuer und den Sozialabgaben gleichbehandeln, wären die Sozialkassen ausreichend finanziert. Die Krankenkassenbeiträge könnten drastisch sinken und die Renten auf ein Niveau von etwa 75% des letzten Nettoeinkommens angehoben werden.

Geradezu eine Verhöhnung der lohnabhängig Beschäftigten ist es, wenn sie im Krankheitsfall Zuzahlungen bei Klinikaufenthalten, beim Bezug von Medikamenten oder bei der Wahrnehmung von Vorsorgemaßnahmen aus eigenem Einkommen aufbringen müssen, während sie mit ihren Beiträgen in die gesetzlichen Krankenkassen die medizinische Versorgung von Millionen Menschen sicherstellen, die keine oder nicht ausreichende Einzahlungen leisten.

Ähnliche Verhältnisse wie bei den Krankenkassen bestehen bei der Finanzierung der Gesetzlichen Rentenkassen. Deren Träger müssen derzeit Auszahlungen in Höhe von etwa 40 Milliarden Euro leisten, die nicht durch Beitragszahlungen oder den Bundeszuschuss gedeckt sind⁶. Auch hier weigert sich die Bundesregierung, diese Rentenleistungen vollständig auszugleichen. Für den kommenden Haushalt ist gar eine weitere Einsparung der Zuschüsse um vier Milliarden Euro geplant.

H.B., 19.7.2026 ■

⁶ Etwa für die Mütterrente, Kindererziehungszeiten, Spätaussiedler, etc.

Hamburg: Wiederkehr der Berufsverbote

„Lehrerin, Hausmeister, Tierpflegerin – wer sich in Hamburg auf einen Job im öffentlichen Dienst bewirbt, soll künftig auf seine Verfassungstreue geprüft werden. Die Bürgerschaft hat am Mittwoch für die umstrittene Regelanfrage beim Verfassungsschutz gestimmt.“ So der NDR am 17. Juni 2026¹.

Für den Beschluss stimmten die in Hamburg regierenden SPD und Grüne, dafür war auch die CDU, dagegen stimmten die Linke und die AfD. Ursprünglich wollte man die Regelanfrage schon im vergangenen Jahr verabschieden. Es gab allerdings vielfältigen Protest, von Gewerkschaften, Jusos und Grüner Jugend unter anderem.

Noch vor kurzer Zeit hatte dieselbe Hamburger Bürgerschaft die Berufsverbotepraxis der 70er und 80er Jahre bedauert. Vor ziemlich genau vier Jahren, am 22. Juli 2022, veröffentlichte die Bürgerschaft: „Am 22. August 2018 hat die Bürgerschaft die Umsetzung des ‚Radikalenbeschlusses‘ von 1972 ausdrücklich bedauert und den zu Unrecht Betroffenen Respekt ausgesprochen.“ In der Folge unterstützte sie eine Ausstellung zu den Berufsverbo-

ten, die 2022 in der Eingangshalle des Rathauses gezeigt wurde. Die damalige Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit, SPD, wurde zitiert: Sie „bezeichnet in ihrem Vorwort zum Ausstellungskatalog dieses Kapitel der jüngeren Geschichte Hamburgs als unrühmlich. Im Namen der Bürgerschaft entschuldigte sich Veit für die Umsetzung des ‚Radikalenbeschlusses‘. Den Betroffenen habe dies viel Leid gebracht, manchen gar den kompletten Lebensweg zerstört. Die Aufarbeitung dieses Kapitels unserer Hamburger Geschichte sei unerlässlich, die Ausstellung leiste, so Bürgerschaftspräsidentin Veit weiter, einen wichtigen Beitrag dazu, dies auch in die breite Öffentlichkeit zu tragen.“²

Man kann feststellen:

Ein schneller Gesinnungswandel

Auf vielfältige Kritik kamen vom Senat durchaus originelle Erwidern. Eine davon geht so: Der damalige „Radikalerlass“ sei undemokratisch gewesen, da er lediglich auf einem Beschluss der Innenministerkonferenz im Januar 1972 erfolgt sei. Heute dagegen sei es ganz an-

¹ ndr.de/nachrichten/hamburg/hamburg-prueft-kuenftig-verfassungstreue-bei-bewerbern,regelanfrage-104.html

² hamburgische-buergerschaft.de/aktuelles/nachrichten/ausstellung-radikalenbeschluss-845894



**Hamburg
darf nicht
Stadt
der
Berufsverbote
bleiben.**

**Alle
Betroffenen
einstellen!**

Postkarte aus den 1970er Jahren

Fotorechte: Ewald Leppin

ders. Der Beschluss zur Regelanfrage sei in der Bürgerschaft beraten worden, es habe Anhörungen gegeben und werde von der Bürgerschaft nach öffentlicher Debatte verabschiedet.

Interessanter Gedanke: Damit wären sämtliche Beschlüsse der Innenministerkonferenzen mindestens seit 1972 undemokratisch! Immerhin unterzeichnete der damalige Bundeskanzler Willy Brandt am 28. Januar 1972 den „Radikalerlass“. Offensichtlich auch ein undemokratischer Vorgang.

Anfang Mai dieses Jahrs kam die Bildungssenatorin Ksenija Bekeris, SPD, zum Gewerkschaftstag der Hamburger GEW. Da die GEW zu den vehementesten Kritikern der Regelanfrage gehört, hatte die Senatorin sich vorbereitet. Sie griff ein (übrigens recht schwaches) Argument von Kritikern auf, mit der Regelanfrage werde mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Sie sprach davon, dass es in Hamburg im Schuldienst vier Islamisten und einen Reichsbürger gebe. „Und ich sage Ihnen: Das sind keine Spatzen!“ Solche Leute wolle sie zukünftig schon abwehren, bevor sie in den Schuldienst kämen. Bei über 20 000 Beschäftigten im Hamburger Schuldienst handelt es sich also etwa um 0,025 %. Damit wollte sie eine Islamisten- und Rechtsradikalegefahr an die Wand malen. Dabei ist das Disziplinarrecht insbesondere bei Beamten sowieso schon sehr repressiv, was besonders linke Lehrkräfte schon zu spüren bekamen.

Tatsächlich handelt es sich bei dem Bürgerschaftsbeschluss nicht um eine reine Wiederholung des „Radikalerlasses“, sondern um eine Ausweitung. Jetzt soll bei allen BewerberInnen für den öffentlichen Dienst beim Verfassungsschutz nachgefragt werden, nicht nur bei denen für den Schuldienst. Wahrscheinlich glauben die Bildungssenatorin und mit ihr andere Befürworter sogar daran, dass man mit dieser Regelanfrage die Demokratie vor ihren Feinden schützen könne. Hatte man noch vor Kurzem sich für einen „Irrweg“ entschuldigt, der der

Demokratie geschadet habe, so will man jetzt mit diesem Irrweg die Demokratie wieder schützen.

Von Befürwortern, z.B. Bürgermeister Tschentscher, wird angeführt, das jetzige Verfahren sei im Unterschied zu früher transparent, da jede(r) Bewerber*in die Akten einsehen und in einer Anhörung Stellung nehmen könne. Aber hier stehen zwei staatliche Organe – die Einstellungsbehörde und der Verfassungsschutz – einer/m einzelnen, nichtstaatlichen Bewerber*in gegenüber. Und aus der Praxis der Vergangenheit weiß man, was dann abläuft: Der Staat glaubt dem Staat und nicht der/m Bewerber*in. Selbst bei Widerlegung der Vorbehalte heißt es dann: nicht glaubwürdig.

Die erste und offensichtlichste und wahrscheinlich auch beabsichtigte Wirkung ist natürlich Einschüchterung. Jedem/r BewerberIn wird gesagt: Betätige dich nicht politisch und wenn, dann nur bei uns!

Die zweite, weniger sichtbare Wirkung ist die, dass der Verfassungsschutz eine enorme Aufgabenausweitung erfährt, wenn er jede BewerberIn für den öffentlichen Dienst in Hamburg ausschnüffeln soll. Da man dies ja nicht erst macht, wenn jemand sich bewirbt, heißt das. Flächendeckendes Ausschnüffeln vor allem junger Menschen.

Drittens, da der Verfassungsschutz traditionell ein antikommunistisches Organ ist, wird die Überwachung vorrangig nach links gehen. Der Verfassungsschutz war von Beginn an von ehemaligen Nazis durchsetzt und zeigte und zeigt immer wieder seine Verwobenheit mit Rechtsradikalen (NSU-Skandal). Für ihn heißt Schutz der Verfassung Schutz der Eigentumsordnung und die wird halt von links in Frage gestellt.

Viertens, und das muss man besonders gewichten: Sollte die AfD in den Senat einziehen, wird sie sich freuen, ein solch tolles Instrument vorzufinden. Dann wird es wieder heißen: Das haben wir nicht gewollt!

Hamburg, Juni 2026, L.P. ■

KORRESPONDENZ

DGB-Demonstration am 1. Mai in Hamburg

Was auf den ersten Blick auffiel: Viele junge Menschen waren gekommen. Ganz vorne war ein relativ kleiner Gewerkschaftsblock, wenige Betriebe mit Transparenten, ein DGB-Jugend-Block, Ver.di-, NGG-, IGM-Fahnen. Dahinter dann größere Blöcke mit explizit politischen Transparenten: Linke, DIDF, migrantische Gruppen, dann kommunistische Gruppen mit vielen jungen Leuten. Auffallend ein Block mit PsychotherapeutInnen, die der Angriff durch die Gesundheitsreform auf die Straße trieb. Der Palästina-Block war eher klein. Am Kundgebungsplatz am Fischmarkt angekommen, war die Kundgebung schon im Gange, obwohl die meisten noch gar nicht da waren. Es schien so, als wolle man das schnell hinter sich bringen. Um das Lautsprecherzelt hatten sich ein paar hundert versammelt, die den Reden zuhörten. „Gegen antisemitischen Rassismus!“, „Unsere Wirtschaft ist bedroht“ waren einige der Kernsätze, die zu verneh-

men waren. Der überwiegende Teil der Demonstranten kümmerte sich sowieso keinen Deut um die Kundgebung und die Reden, sondern löste sich in Grüppchen auf oder ging nach Hause.

Der DGB sprach von 10 000 Teilnehmenden, was völlig aufgeblasen war. Ich hatte gezählt und war auf 3000 gekommen. Man will wohl Kraft vortäuschen, die real nicht da ist. Einige tausend beteiligten sich noch an anderen Demos: „Wer hat, der gibt“ vom Jungfernstieg, die „revolutionäre Demo“ in Altona am Abend mit über 4000 Teilnehmenden, weshalb die Polizei sie erst nach zwei Stunden Wartezeit losgehen ließ mit der Begründung: Es seien zu viele! Dann gab es noch eine anarchistische Demo in der Schanze mit einigen hundert Leuten, so dass die Gesamtzahl an diesem Tag dann vielleicht 10 000 war.

M.P., 27. Mai 2026 Hamburg ■

Der diesjährige 1. Mai in Kassel

Der diesjährige 1. Mai in Kassel war erheblich zahlreicher besucht und deutlich politischer als im letzten Jahr. Das lag nicht zuletzt an der DGB-Jugend, die gemeinsam mit der SDAJ und 'solid auf Plakaten ihre Ablehnung von Wehrpflicht und Militarisierung deutlich machten. Auch Kollegen von VW trugen ein viel beachtetes Transparent mit der Aufschrift: *"Wir wollen bei VW nicht den Tod produzieren"*.

Zur Unterstützung dieser Minderheit von Kolleg*innen in den Gewerkschaften, die schon heute den Zusammenhang zwischen Kriegsvorbereitung und Sozialabbau sehen und dagegen Widerstand entwickeln, verteilten Kolleg*innen des Forums Gewerkschaften das nachfolgend dokumentierte Flugblatt: *"Die Kriege kosten unvorstellbare Summen – jetzt werden wir zur Kasse gebeten"*.

B.D., 27. Mai 2026 ■

Forum Gewerkschaften Kassel Wir müssen die Kriege bezahlen

Nach den Wahlen in Ungarn frohlockten Merz und die oberen Ränge der EU-Bürokratie, jetzt könne man endlich die 90 EU-Milliarden an die Ukraine überweisen und die Finanzierung des Krieges sei für weitere Jahre gesichert. Zeitgleich kündigte Gesundheitsministerin Warken an, in Deutschland 20 Milliarden im Gesundheitssystem einzusparen. Nach unseren Erfahrungen mit der Merz-Klingbeil-Regierung halten wir es für wahrscheinlich, dass die Profite der Pharmaindustrie weitgehend geschont werden und die abhängig Beschäftigten den Löwenanteil aufbringen müssen: Ende der Familienmitversicherung, drastisch erhöhte Zuzahlungen, Kahlschlag bei den Leistungen. Jetzt noch der Angriff auf die Rente. Je ärmer und sozial schwächer ein Mensch in Merz-Deutschland ist, desto größere Lasten werden ihm anteilmäßig auferlegt. Die Superreichen werden geschont.

Wenn der Irre in Washington verlangt, 5% der Wirtschaftsleistung für Rüstung auszugeben, heißt das, dass nur noch jeder zweite Euro, den der Staat auf Bundesebene ausgeben kann, für friedliche Zwecke verwendet werden darf. Wie brave Hündchen folgen ihm die meisten europäischen Regierungschefs. Und die als „Sondervermögen“ getarnten Kriegskredite kennen keine Grenze nach oben.

Die gerechten Kriege des Westens

Auch, wenn der russische Angriff auf die Ukraine völkerrechtswidrig war – die Vorgeschichte des Krieges und die vielen völkerrechtswidrigen Kriege, die USA und NATO seit 1945 geführt haben, werden konsequent ausgeklammert. So entsteht ein völlig einseitiges Bild. Dem Angriff auf die Ukraine vorausgegangen war eine Spirale der Eskalation, an der der Westen einen erheblichen Anteil hatte: NATO-Osterweiterungen entgegen gegebener Versprechen an Russland; die massive Aufrüstung der ukrainischen Armee; das Versprechen, die Ukraine in

die NATO aufzunehmen; der Staatsstreich 2014 in Kiew, unterstützt von rechtsradikalen westukrainischen Gruppen, gefördert mit 5 Milliarden US-\$. Eine wirkliche Bedrohung durch Russland wird auch von US-Geheimdiensten nicht gesehen. NATO-Generalsekretär Rutte erklärte am 13.10.2025: „Als NATO sind wir 25-mal größer als die russische Wirtschaft. Unser Militär ist dem russischen Militär unendlich überlegen.“ Wenn Russland aber immer weiter in die Ecke gedrängt wird, besteht die Gefahr, dass es seine einzige Stärke ausspielt: Die Überlegenheit an taktischen und strategischen Atomwaffen. Scheinbar fürchten führende EU-Kreise den Frieden mehr als das Risiko eines Atomkriegs.

Keine Rolle spielt das im Falle Russlands hochgehaltene Völkerrecht bei den Massakern an zehntausenden palästinensischen Kindern und Frauen in Gaza. Hunger und die Zerstörung von Krankenhäusern werden von Israel als Werkzeuge des Massenmords eingesetzt. Keine Rolle spielt das Völkerrecht bei der Blockade Kubas durch die USA: Tausende krebskranke Kinder können nicht mehr behandelt werden, Dialysepatienten sterben. Keine Rolle spielte es bei den Angriffskriegen auf den Iran und den Libanon.

Zerstörung der Industrie und Kahlschlag bei Industrie Arbeitsplätzen

Die Moral-Propaganda von Regierungen und Medien ist in Gaza, der Westbank, dem Libanon, Venezuela, Kuba und dem Iran zu Staub zerfallen. Die Kriege aber gehen weiter und ihre Folgen bringen uns und unsere Kinder in höchste Gefahr. Anton Jäger schreibt in der New York Times vom 16. März 2026, Trumps Angriff auf den Iran sei schlimmer als ein Verbrechen; er sei ein Fehler. („Europe is in danger. It has itself to blame.“ „Europa ist in Gefahr. Es ist selber dafür verantwortlich.“)

Trotzdem können sich europäische Regierungschefs wie Starmer, Macron und Merz nicht aus der Gefolgschaft der USA lösen. Mit dem Wirtschaftskrieg gegen Russland und den Seeblockaden im Nahen-Osten ist die Öl- und Gasversorgung Deutschlands auf Gedeih und Verderb auf die USA und ihren launischen Präsidenten angewiesen. Die Folgen wie Inflation, Zerstörung ganzer Industriezweige und tausender Arbeitsplätze trifft die lohnabhängige Bevölkerung in Deutschland mit steigender Wucht. Und mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht sollen wir im „Spannungsfall“ auch noch mit unserem Leben und dem unserer Kinder bezahlen.

Jobs in der Rüstungsindustrie – ein Ausweg?

Die „Nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie“ der Bundesregierung vom Dezember 2024 erklärt „militärische Produktionsfähigkeit“ und „Wehrfähigkeit“ – also Kriegsbereitschaft – zur dauerhaften Aufgabe staatlicher Wirtschafts- und Industriepolitik. Passend lässt die HNA die lächerliche Tarnung von Kassel-Calden als „Urlaubsflughafen“ endlich fallen und gibt



zu, was schon immer dessen Zweck war: Ein Reserve-Militärflugplatz und Drohnenstandort (17.04.2026).

Auch der Bundesverband der Deutschen Industrie fordert in seinem Papier „Gesamtverteidigung stärken!“ vom 23.06.2025 verstärkte Aufrüstung nach außen und einen Schulterschluss von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gegen den inneren Feind. Welche Folgen das für zentrale Rechte der Beschäftigten hat, besonders für das Streikrecht in „sicherheitsrelevanten Bereichen“ wie Post, Telekommunikation, Transport, Gesundheit und öffentlichem Dienst, ist nicht schwer zu erraten.

Die Ampel und die jetzige Regierung haben uns in eine außenpolitische Sackgasse manövriert, durch die tausende Arbeitsplätze in der Industrie verloren gegangen sind und weiter verloren gehen. Die Vorstellung, man könne diese riesige Zahl durch Jobs in der Rüstungsindustrie ersetzen, ist abenteuerlich. Noch schlimmer ist, dass eine einmal hingestellte aufgeblähte Kriegsindustrie dahin drängt, sich Märkte für ihre „Produkte“ zu schaffen. Mittel- bis langfristig wird Deutschland damit zum hyperaktiven Kriegstreiber. Wer wird sich dann noch dafür einsetzen, dass Kriege enden?

Alternativen

Die aktuelle Energie- und die Klimakrise machen deutlich, welche Produkte jetzt gesellschaftlich wichtig sind. Kriegsgerät wird durch Steuergelder bezahlt. Dieses Geld wäre besser angelegt in sinnvollen Produkten. Wir brauchen Wärmepumpen für alle Wohnungen und Häuser am besten kostenlos. Mobilität für jeden ohne Benzin, Diesel und seltene Erden bei einem maximal niedrigen Energieverbrauch. Wer könnte so etwas in Kürze und massenhaft produzieren? Beschäftigte der Automobil- und Zulieferindustrie sind dazu jederzeit in der Lage. Schienenfahrzeuge haben viele Jahre Lieferzeiten und der öffentliche Personennahverkehr geht vor die Hunde. Da steckt Arbeit drin und wer Kriegsgerät bauen kann, kann auch gesellschaftlich wichtige Produkte fertigen. Unsere Kolleginnen und Kollegen in der Auto- und Rüstungsindustrie sind Facharbeiter und nicht an Produkte wie Kriegsgerät und Auto gebunden. Wer in das Ahrtal blickt, weiß, mit welchen notwendigen Ereignissen und deren Folgen wir in Zukunft viel zu tun haben werden. Herausfordernde Ereignisse im Zusammenhang mit der Klimakrise stellen uns alle vor riesige Aufgaben.

Und vergessen wir nicht, dass Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich die Profite kleiner, aber unser Leben besser machen würde!

Wer entscheidet, was und unter welchen Bedingungen produziert wird? Es sind die Besitzer der Produktionsmittel. Besser wäre, wir, die Beschäftigten und die Gesellschaft, würden darüber entscheiden. Diese Erkenntnis aus den Weltkriegen findet sich unter § 2 der IGM Satzung wieder. Gemeineigentum ist dort als Ziel formuliert. Im Jahr 1946 hatte es diese Erkenntnis bis ins Ahlener Programm der CDU geschafft. Dieses Mal sollten wir nicht bis zu einem weiteren Krieg warten. Dann wird es zu spät sein.

Die Aufgabe der Gewerkschaften

Der Aufruf des DGB zum 1. Mai zählt im Wesentlichen richtig auf, was die Arbeiter beschäftigt. Was fehlt, ist die Orientierung gegen den Kriegskurs von Regierung und Medien auf dem Rücken der Lohnabhängigen. Das Positionspapier: „*Industriepolitische Leitlinien und Instrumente für eine zukunftsfähige Sicherheits- und Verteidigungspolitik*“, das die IG Metall zusammen mit dem Wirtschaftsforum der SPD und dem BDSV, dem Bundesverband der deutschen Kriegsindustrie, im Januar 2024 veröffentlicht hat, fordert wie BDI und Regierung weitere Aufrüstung. Viele Betriebsräte der IGM verkaufen Rüstungsjobs als gesellschaftlichen Ausweg. Dagegen unterstützen wir die friedenspolitischen Gewerkschaftskonferenzen und versuchen, die Auseinandersetzung um die Friedensfrage in unseren Gewerkschaften voranzubringen.

Widerstand muss organisiert werden gegen die Kriegstreiber, gegen die Militarisierung der „Zeitenwende“: die Wiedereinführung der Wehrpflicht in die Aktualisierung des Arbeitszwang-Gesetzes (offiziell „Arbeitssicherstellungsgesetz“), die Umstellung von ziviler auf militärische Produktion, eine Neuauflage der Berufsverbote.

Solidarität mit dem Kampf der Jugendlichen gegen die Wehrpflicht! Solidarität mit den Schulstreiks! Tragen wir die Frage der Wehrpflicht, die Aktionen der Eltern gegen die Wehrpflicht, in die Betriebe und Gewerkschaften.

Bereits am 23. Oktober 2025, also vor einem halben Jahr, haben über 40 Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Einzelgewerkschaften dem DGB-Nordhessen angeboten – gern auch kontroverse – Veranstaltungen zur Frage von Krieg und Frieden gemeinsam unter dem Dach des DGB zu organisieren. Wir wollen mit diesen Veranstaltungen nicht warten, bis es zu spät ist!

- Für Kooperation und Verhandlungen! Gegen verschärfte Konkurrenz, Sanktionen, Waffenlieferungen und Krieg!
- Gemeinsame Aktionen von Beschäftigten aus dem Öffentlichen Dienst und aus den betroffenen Industriebetrieben wie VW!
- Streikrecht verteidigen!
- Arbeitszeitverkürzung statt Stellenabbau!
- Gegen Sozialabbau und Kriegspolitik!
- Unterstützt den Aufruf: Nein zum Umbau auf Kriegswirtschaft!

Sozialkahlschlag für Großmachtziele



„Eine umfassende ‚Reform‘ (sprich Kürzung) des Sozialstaats ist aus Sicht der herrschenden Klasse unvermeidlich. Deutschland will raus aus der schwersten Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik und will mit der EU zusammen seine Weltgeltung verteidigen. Dazu braucht es umfangreiche militärische Aufrüstung. Ein großer Teil der Kosten für Aufrüstung muss aus dem ordentlichen Haushalt erbracht werden. Dafür müssen andere Posten des Haushalts gestrichen werden. Vor allem der Sozialhaushalt gilt als Feld für Sparmaßnahmen. Arbeitgeberverbände, führende Ökonomen und die meisten Parteien sind sich einig: Unter den Bedingungen der ‚Zeitenwende‘ können ‚wir‘ uns den Sozialstaat nicht mehr leisten. Wo muss der Widerstand dagegen ansetzen und auf welcher Grundlage könnte er sich entfalten? Dazu hatten wir Tobias Weißert am 7. Mai 2026 zu einem Referat mit anschließender Diskussion im Bürgerhaus Südost eingeladen.“ (friedensplattform.de). Nachfolgend geben wir die Inhalte dieses Vortrags in den wesentlichen Punkten wieder. Leute im Publikum, die wir befragten, fanden ihn inhaltlich und in der Art des Vortrags sehr interessant und bereichernd, bedauerten aber auch, dass aufgrund seiner Länge nur wenig Zeit zur Diskussion gegeben war.

Zweck der Aufrüstung

Ausführlich legte der Referent in mehreren Schritten die politökonomischen Grundlagen der in Gang gesetzten Aufrüstung dar. Da ist zunächst das „*blanke Entsetzen*“ der „*sich als Großmächte verstehenden europäischen Staaten*“, [1] über die „Friedensinitiative“, die Trump 2025 zum Ukrainekrieg gestartet habe, ohne die Europäer zu beteiligen. Das habe den Anstoß gegeben, seitens der EU Friedensbedingungen gegenüber Russland aufzustellen: etwa keine Friedensverhandlungen ohne europäische Beteiligung, territoriale, wirtschaftliche, politische Unversehrtheit der Ukraine, Reparationen Russlands für die Kriegsschäden. Dies seien insbesondere die „Kriegsziele“ Deutschlands. Ihre Durchsetzung erfordert eigenständiges geopolitisches Auftreten, wozu selbstverständlich militärische Macht unentbehrlich ist. Dabei sei das „Ziel, eine hoch gerüstete atomare Großmacht zu besiegen, ... äußerst ambitioniert“: „Russland als Großmacht auszuschalten und einen Regimewechsel zu erzwingen, der den russischen Markt für den freien Kapitalverkehr öffnet.“

Zweck der Aufrüstung

Wirtschaftliche Lage

Im nächsten Schritt legte er die aktuelle wirtschaftliche Lage dar: „Der Zwang zur Aufrüstung findet Deutschland

in einem ökonomisch angeschlagenen Zustand.“ Mit einer Fülle von Zahlen legte er dar, dass das BIP in den letzten zwanzig Jahren nur mit einer durchschnittlichen Steigerung von 0,2 % gewachsen war, teilweise negativ gelegen hatte. Das sei „Horror für die Ökonomen“, als Gründe würden auch gern äußere Faktoren wie Corona, der Ukrainekrieg mit der Belastung der Energiekosten (aktuell der Irakkrieg) und Trumps Zollpolitik benannt.

Dagegen setzte er die Privatisierungspolitik seit 1982, „eine neoliberale Austeritätspolitik mithilfe der weitgehenden Privatisierung des Staatsvermögens“: Bahn, Post/Telekom, VW, Lufthansa, Salzgitter AG, VEBA, VIAG etc., dann vor allem die Staatswirtschaft der DDR (davon 80 % an Westeigentümer, 14 % ans Ausland, nur 4 % an DDR-Bürger). „Bis 2023 hat sich der Staat von 90 % seiner unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen getrennt. Er hat sich arm gemacht.“ Die entstandenen Konzerne wie DHL/Deutsche Post, Deutsche Telekom, Deutsche Bahn sind Weltkonzerne geworden, die nicht für den Bedarf der hiesigen Bevölkerung arbeiten lassen, sondern für den Profit, einschließlich globaler Investitionen wie etwa Telekom mit der Übernahme der Aktienmehrheit bei T-Mobile US.

Das weise auf das „zweite strukturelle Problem Deutschlands“ hin, den Kapitalexpert. Das deutsche Kapital liege mit 3,6 Billionen US-Dollar Auslandsbesitz weltweit an der Spitze vor Japan und China, während gleichzeitig Investitionen im produzierenden Gewerbe im Inland rückgängig seien. Hierfür führte er Belege von Wirtschaftswissenschaftsinstituten an: „Die Summen, um die es geht, sind riesig.“ Doch gleichzeitig spüren die Menschen in Deutschland die Folgen: Kaputte Schulen, Krankenhäuser, Verkehrsinfrastruktur, verschuldete Kommunen, steigende Mieten, wachsende Armut.

Damit stehe Deutschland zwar nicht allein. Andere Staaten der G7-Gruppe verfahren genauso. Ihr Anteil an der Weltproduktion sank von 1994 gleich 45,3 % auf 29,3 % in 2022. Gleichzeitig holten die unter BRICS subsumierten Länder auf, und China soll nach Kaufkraftparität die USA bereits deutlich überholt haben. Am stärksten verloren in diesem Prozess Japan und die EU-Staaten, darunter Deutschland.

Grundlegende Probleme im Kapitalismus

Hier folgte ein Exkurs in die Politische Ökonomie: „Auch Privatisierung und Kapitalexpert sind letztlich nur Erscheinungsformen des sich zum Weltmarkt entfaltenden Kapitalismus. Sie sind nicht zufällig und politisch korrigierbar, sondern notwendige Stufen der kapitalistischen Warenwirtschaft. Die Ursache dieser Entwicklung liegt in der Grundeigenschaft des Kapitals, sich ständig auf erweiterter Reproduktion erneuern zu müssen, um profitabel zu sein. Dabei verschärft die sich immer weiter steigende technische Produktivität das Problem, dass der in Produktionsanlagen gebundene Kapitalanteil gegenüber dem variablen Kapital, der Arbeitskraft, ständig zunimmt. Quelle allen Profits ist aber die Mehrwertproduktion, d.h.

die unentgeltlich angeeignete verausgabte Arbeitszeit. Die nimmt relativ ab und damit verbunden ist die Tendenz zum Fallen der Profitraten. Das Kapital sucht dieser Tendenz entgegenzuwirken, indem es die Warenmasse, die es produziert, gewaltig erhöht und gleichzeitig die Löhne senkt. Das wiederum verschärft die Widersprüche, weil sich die Schere zwischen massenhaftem Warenangebot und der Kaufkraft der Massen weiter öffnet. Das ist dann die Ursache immer wiederkehrender zyklischer Überproduktionskrisen.“

Daraus entsteht als „unauflösbare Bedingung der Warengesellschaft“ die Konkurrenz. Sie findet statt zwischen den Einzelunternehmen, aber auch zwischen Regionen und Staaten. Der Kapitalismus entsteht zwar im nationalen Rahmen und braucht den Nationalstaat zur Durchsetzung seiner Besitzordnung und seiner Interessen, aber er geht weit darüber hinaus. Diese Konkurrenz führt zu Wirtschaftskriegen und zu den Ursachen imperialistischer Kriege.

Lage der Wirtschaft in Deutschland

„Die deutsche Wirtschaft liegt am Boden. Die Auslastung der Industriekapazitäten ist an einem Tiefstand. Der Maschinenbau ist nur zu 77,2 %, die Chemieindustrie zu 72 %, die Textilindustrie zu 70 % ausgelastet und das Baugewerbe sogar nur zu 66,6 %. Der Durchschnitt der industriellen Auslastung liegt bei nur 77,5 %. Viele Firmen geben auf. 24.064 Insolvenzen im Jahr 2025 sprechen eine deutliche Sprache.“ Hervorzuheben sei gerade die Autoindustrie, in der die Gewinne zu 46 % eingebrochen seien. „Die kapitalistische Weltwirtschaft befindet sich in einem technologischen gewaltigen Umbruch zu einer computer-gesteuerten Industrie. Um hier technisch mitzuhalten, sind riesige Investitionsmengen erforderlich.“

In dieser Lage, so der Referent, wünschen sich die Kapitalisten nicht mehr einen schwachen Staat. Die Regierung wird „aufgefordert, durch dirigistische Maßnahmen die Rahmenbedingungen für profitableres Wirtschaften zu schaffen und der schwachen Wirtschaft mit Investitionen aufzuhelfen.“ Hier gibt es Forderungen auf vielen Feldern. Der „starke“ Staat soll eindeutig seine Klassenfunktion wahrnehmen, die Interessen der Kapitalbesitzenden und die Reproduktion der kapitalistischen Ausbeutungsgesellschaft sicherzustellen. Aber kann die Produktion von Rüstungsgütern „der Wirtschaft“ helfen?

Das 500-Milliarden-Investitionsprogramm und die gezielte Suspendierung der Schuldenbremse für den Rüstungsbereich sind für diese Zwecke bestimmt. Aber erst ausreichender Absatz macht die Produktion profitabel. Gerade das gilt nicht im Rüstungsbereich, weil diese Produktion für ein Nachfragemonopol (des Staates) bestimmt ist und diese „Güter“ im Allgemeinen nicht in den Wirtschaftskreislauf zurückkehren, um den Akkumulationsprozess fortzusetzen. Das sind Gründe dafür, dass Rüstung einzelnen Konzernen die Taschen füllt, für die Gesamtwirtschaft jedoch einen Abzug von Ressourcen darstellt. „Die Disparitäten der Volkswirtschaft verschärfen sich und die konsumtiven Möglichkeiten nehmen ab.“ Auch das Investitionsprogramm wird nur zu geringem Teil in zivile Infrastruktur eingehen, sondern direkt und indirekt der Kriegsvorbereitung dienen.

„Der Sozialstaat ist nicht mehr finanzierbar“

„Die Gesamtverschuldung des deutschen Staates ist schon jetzt sehr hoch. 2025 waren es 2,84 Billionen Euro. Allein 2025 wuchsen die Staatsschulden um 144 Mrd. Euro. Davon entfielen 107 Mrd. Euro auf den Bund, 19 Mrd. Euro auf die Länder und 25 Mrd. Euro auf die Kommunen. Darin nicht enthalten ist der Anteil der Schulden am Schuldenstand der EU. Der deutsche Anteil daran wird von der Bundesbank auf 108 Mrd. Euro beziffert. Mit den Rüstungsfonds der EU und dem erweiterten EU-Haushalt werden diese Schulden ebenfalls stark zunehmen. Die veranschlagten mindestens eine Billion umfassenden Planungen für Rüstungsgüter und Sonderprogramme werden die Staatsverschuldung im Planungsraum bis 2030 auf mindestens 3,5 Billionen Euro ansteigen lassen.“

Für die zukünftigen Haushalte bedeute das, dass „die Zinslast bis 2030 weit mehr als verdoppelt“ werde. Allein im Bundeshaushalt müssten ca. 85 Mrd. Euro aufgebracht werden; die Tilgung sei darin noch nicht enthalten. Prognosen für die weitere Entwicklung der Verschuldung bis etwa 2030 lesen sich wie ein Sprung ins Dunkle.

Die Schlussfolgerung für die Kapitalisten und ihre Regierenden ist klar: In Gestalt ihrer Lobbyist:innen warnen sie vor der „Katastrophe“, der Sozialstaat kollabiere, wenn die Regierenden nicht gegensteuerten. Es überrascht uns nicht, dass CDU/CSU das eifrig abnicken, während die SPD sehenden Auges weiterer Bedeutungslosigkeit entgegensteuert. Das große Kapital fordert Einschnitte in die Sozialversicherungen:

- Die sogenannten Lohnnebenkosten senken (maximal 20 Prozent Arbeitgeberbeitrag zu den Lohnkosten);
- Eigenverantwortung der Bürger stärken (beschönigender Ausdruck für Kürzung der gesetzlichen Rente, Streichung medizinischer Leistungen und die Minderung staatlicher Zuschüsse in der Pflege; staatliche Leistungen senken und durch private kompensieren);
- Arbeitskosten senken, ohne Lohnausgleich länger und gleichzeitig flexibler arbeiten, Lebensarbeitszeit verlängern, Feiertage streichen, dazu Wiedereinführung von Karenztagen und Beschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall;
- umfassende Deregulierungen von Arbeitsrechten und Schutzvorschriften.

Die Wirtschaftsinstitute feiern das. Und die SPD? „Wegen Mangel an parlamentarischer Mehrheit hängt der CDU nach Meinung der Ökonomen mit der SPD ein Klotz am Bein. Aber Klingbeil hat mit seiner Grundsatzrede vom 25.3.2026 die Zweifel zerstreut. Er sagte u.a.: ‚Wir können nicht jede Krise und jedes Problem mit einfach noch mehr Geld beantworten. In der Finanzplanung kämen schwierige und unbequeme Entscheidungen auf die Koalition zu. ... Wir werden als Gesellschaft insgesamt mehr arbeiten müssen. ... Wir schließen nichts aus, aber wir haben ein klares Ziel: Entlastung der Arbeitnehmer und der Betriebe.‘ (FAZ 26.03.2026). Das klingt wie ein Blankoscheck: Wir machen mit, was die Arbeitgeber wollen.“

In weiteren Ausführungen beschäftigte der Referent sich mit Struktur und Aufgaben des Sozialstaats: „Der Sozialstaat ist ein umfangreiches Gebilde. Kern sind die

Sozialversicherungen für Rente, Krankheit, Pflege und Arbeitslosigkeit (und Unfall, Anm. Red.). Dazu kommen staatliche Leistungen wegen Armut und Bedürftigkeit wie Bürgergeld inklusive Kosten für Unterkunft und Heizung, Sozialhilfe und Wohngeld. Familien erhalten Kindergeld und Elterngeld, Geflüchtete Asylbewerberleistungen, Behinderte Leistungen zur Teilhabe und Rehabilitation.“ In diesen Institutionen arbeiten Hunderttausende als Fachkräfte und Sachbearbeitende. Die allermeisten Bürger:innen sind davon also irgendwie bzw. mehrfach betroffen.

Zuerst kamen die Schwächsten dran: Mit Gesetz vom 27.3.2026 wurden Bestimmungen der bisher „Bürgergeld“ genannten Grundsicherung im Sozialgesetzbuch II („Hartz IV“) enorm verschärft (insbesondere Sanktionen bei Meldeversäumnissen, Anrechnungszeiten und KdU (Kosten der Unterkunft); vgl. auch Arbeiterpolitik 2/2026). Vollmundig hatten Merz und CDU-Generalsekretär Linnemann über Einsparungen von 15 Milliarden Euro beim „Bürgergeld“ schwadroniert, eine rein aus der Luft gegriffene Zahl, da es so viele angebliche „Totalverweigerer“ gar nicht geben kann. Im übrigen machte das Bürgergeld – nach Aussage des Bundessozialministeriums selbst – 2024 nur 4,1 % aller Sozialausgaben aus (Anm. d. Red.).

Der Referent zitierte Joachim Rock, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes: „Was hier unter dem harmlosen Titel 'Effizienter Ressourceneinsatz' verhandelt wird, ist ein Angriff auf Errungenschaften, die elementar für soziale Teilhabe sind und die über Jahrzehnte erkämpft wurden. Dass solche grundlegenden Leistungen für Kinder, Jugendliche und Menschen mit Behinderungen so radikal gekürzt werden sollen und die Debatte an den Menschen vorbei im Verborgenen geführt wird, ist gleichermaßen skandalös. Hier droht ein Kahlschlag bei Alltagshilfen, mit einschneidenden Folgen für Betroffene und ihre Familien.“

Dabei stehen die größten Angriffe noch aus, nämlich die auf die Sozialversicherungen und das Gesundheitswesen. Hier hat die Koalition Kommissionen eingesetzt. An deren Ergebnissen bilden sich Konfliktpunkte, die beiden Parteien ans Selbstverständnis gehen, besonders aber für die SPD existenzielle Ausmaße annehmen, wie die letzten Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gezeigt haben. Will die SPD in der Re-

gierung bleiben, muss sie große Teile ihrer Wählerschicht vor den Kopf stoßen. Einige CDU-Abgeordnete äußerten deshalb schon Zweifel, dass diese Koalition bis zum Ende der Wahlperiode durchhält. Der Ausblick für Unionsparteien ist dann die AfD – eine Partei, die schon in ihrer jetzigen Zusammensetzung ein Sammelbecken darstellt für faschistische Kräfte, die parteimäßige Strukturen für ihre Zwecke nutzen wollen (auf diese Perspektive ging der Referent in diesem Vortrag nicht ein, wir fügen das hier hinzu).

Wie ist es um den Widerstand bestellt?

Hier sind die Gewerkschaften gefragt. Doch wie sieht es dort aus? Im Aufruf zum ersten Mai hieß es: „Wir lassen nicht zu, dass Profitinteressen über Menschenleben gestellt werden!“ Solch starken Worten folgt aber keine Kritik am Aufrüstungskurs der Koalition (an der ja schließlich die SPD als Juniorpartner beteiligt ist). „Die DGB-Führung hat nicht begriffen, dass mit der ungeheuren Aufrüstung und Kriegsvorbereitung eine Situation begonnen hat, die den Sozialkahlschlag im Auge der herrschenden Klasse unvermeidbar macht. Sie wollen die Realität nicht sehen. Für sie geht das Geschäft weiter wie üblich. Die honorigen Repräsentanten des Staats, Kanzler Merz und Arbeitsministerin Bas, sind als Gastredner eingeladen,“ so der Referent (dass Merz ausgebuht wurde, macht die Sache auch nicht besser, weil vermutlich nichts daraus folgt; Bas als Vertreterin der mitverantwortlichen SPD wurde beklatscht).

Im weiteren Schlussteil des Referats kritisierte Weißert die „Gewerkschaftslinké“, stellvertretend dafür Hans-Jürgen Urban, dem er vorwarf, zwar das „Katastrophengerede und den aufgeheizten Diskussionsstil“ zu kritisieren, aber „sehr vornehm in der Art eines gebildeten Ökonomen“ zu formulieren, während er „in der Sache kompromissbereit“ sei („Appell an die gesamtgesellschaftliche Vernunft,“). Wir meinen an dieser Stelle, dass realistischerweise unter den gegebenen Umständen nicht mehr erwartet werden kann. Wir sind uns aber einig mit dem Referenten, dass den „Plänen für Aufrüstung, Krieg und Sozialkahlschlag ... nur wirksam begegnet werden (könnte), wenn die Lohnabhängigen sich ebenfalls als Klassenfront formierten und lernen, dass ihre existentiellen Interessen mit den Interessen des Kapitals unveröhnbar sind. Das bedeutet Nein zum Krieg, nein zur Aufrüstung, nein zum Sozialabbau.“

Diese Einsicht in die Notwendigkeiten in die Betriebe und auf die Straße zu bringen ist unsere ständige Aufgabe. Konkrete strategische Vorstellungen darüber, wie man auf diese Weise in überschaubarer Zeit die drohenden Tendenzen zu noch größeren Kriegen, Rüstung und Sozialabbau abwenden könnte, konnte selbstverständlich auch ein Referent mit einem klugen und differenzierten Vortrag am Ende nicht entwickeln. Sein Aufruf zu einem strömungsübergreifenden Bündnis von linken, antimilitaristischen und antifaschistischen Kräften konnte daher nur vage bleiben. Dennoch ist Aufgeben auch unter derzeitigen Umständen keine Option. Immerhin wissen wir nicht, was die nächste Zukunft bringen kann.

F/HU, 14.5.2026 ■





8. Mai 2026: Der Exarchia-Chor am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow

■ KORRESPONDENZEN: GRIECHISCHE DELEGATION BESUCHT DIE BRD

„Wir vertreten eine grundsätzliche Antikriegsposition“

Vom 4. Mai bis zum 10. Mai besuchte eine griechische Delegation gewerkschaftlicher Vertreter und von Genossinnen aus antimilitaristischen Initiativen Deutschland. Ebenfalls dabei war der Chor aus dem linken und widerständigen Stadtteil Exarchia. Der Chor trat zum 8. Mai am sowjetischen Ehrenmal in Treptow auf und gab am 10. Mai ein Konzert mit vier Berliner Antifachören.

Wir dokumentieren im Folgenden das Interview mit den beiden Dockarbeitern aus Piräus – erschienen in der „Jungen Welt“ am 15. Mai 2026.

Giorgos Gogos ist Vorsitzender der Gewerkschaft der Hafenarbeiter in Piräus. Er sprach auf Einladung der gewerkschaftlichen Solidaritätsgruppe »Gegen Spardiktate und Nationalismus« am 8. Mai in Berlin zusammen mit seinem Kollegen Haris Papavramidis über den Widerstand gegen Waffentransporte und Kriegsbeteiligung in Griechenland.

Ihre Gewerkschaft hat sich im Juli vergangenen Jahres geweigert, im Hafen von Piräus Rüstungsgüter für Israel zu verladen. Wie kam es dazu?

In den Containern wurde militärisch nutzbarer Stahl für die israelische Rüstungsindustrie transportiert. Wir hat-

ten diese Information unter anderem von der BSD-Bewegung erhalten und haben die Begleitpapiere der Container zweimal überprüft. Das ist zweimal in unserem Terminal geschehen, denn in Piräus gibt es zwei Terminals. Entsprechenden Protest gab es auch in einem anderen Terminal der Firma PCT, bei einer anderen Gewerkschaft.

Hatte der Protest Konsequenzen?

Zumindest in einem Fall. Sobald wir die Informationen vom Netzwerk der palästinasilidarischen Organisationen erhalten hatten, haben wir uns an die Geschäftsführung gewandt und darauf hingewiesen, dass diese Container verdächtige Gegenstände enthalten, die für die israelische Rüstungsindustrie bestimmt sind. Wir machten klar, dass wir diese Container aus Sicherheitsgründen nicht entladen werden. Diese Aktion wurde von allen vier Gewerkschaften unterstützt, die bei der Hafenbehörde von Piräus tätig sind. Daraufhin sagte die Geschäftsführung, sie werde unsere Weigerung an die Reederei weiterleiten. Wir haben dann aufgepasst, dass diese Container in Piräus als Transithafen nicht entladen wurden. Also blieben sie auf dem Schiff und wurden zu einem anderen Hafen gebracht. Ein anderes Mal leitete die Mediterranean Shipping Company das Schiff um und

ließ die fraglichen Container in einem anderen Hafen in Italien zurück. Eine andere Gewerkschaft im Containerterminal von Piräus erhielt im Oktober 2024 Informationen über einen Container mit Munition, der vom Land her zur Verladung in den Hafen gebracht werden sollte. Also stoppten die Gewerkschafter diesen Container vor den Toren des Hafens.

Sie haben auch ein Kreuzfahrtschiff blockiert, weil dort israelische Soldaten an Bord waren?

Im Fall der »Crown Iris« haben wir uns geweigert, auf diesem Kreuzfahrtschiff zu arbeiten, das auch Kriegsverbrecher befördert. Und wir riefen zu einer Demonstration vor dem Kreuzfahrtterminal auf. So versammelten sich Gewerkschafter, politische Parteien, politische Organisationen und Gemeinschaften. Das war am 14. August 2024, der 15. August ist ein Feiertag. Wir schätzten, dass sich damals etwa 2.000 bis 2.500 Menschen vor den Toren versammelt hatten, um zu protestieren. Danach wurde das Kreuzfahrtschiff auf vielen Inseln, in den meisten seiner Anlaufhäfen, blockiert. Lediglich auf Kreta und in Tyros wurden die israelischen Passagiere dieses Schiffes willkommen geheißen.

Wie ist die Stimmung in Griechenland bezüglich des Krieges in Palästina?

Traditionell unterstützen die Griechen das palästinensische Volk seit vielen Jahrzehnten. In den vergangenen zehn Jahren haben die Regierungen begonnen, engere Beziehungen zu Israel zu pflegen, ohne das israelische Vorgehen in Palästina zu verurteilen. Insbesondere nach dem Oktober 2023, als Israel seine Militäration gegen Gaza begann, die tatsächlich einen Völkermord darstellt, hat unsere Regierung Israel weiter unterstützt und die Beziehungen sogar noch ausgebaut. Ich denke, die Mehrheit der griechischen Bevölkerung lehnt dies ab und verurteilt diese Haltung der Regierung. Während der gesamten zweieinhalb Jahre des Gazakrieges gab es viele Demonstrationen im Zentrum von Athen und in kleineren Städten in ganz Griechenland.

Und wie steht Ihre Gewerkschaft zum Krieg in der Ukraine?

Wir haben von Anfang an auch unsere Ablehnung des Krieges in der Ukraine deutlich gemacht. Gemäß unseren Grundsätzen glauben wir, dass kein Krieg begonnen werden darf und jeder internationale Konflikt durch friedliche Mittel wie Diplomatie gelöst werden kann. Wir vertreten hier eine grundsätzliche Antikriegsposition und haben dies auf vielfältige Weise zum Ausdruck gebracht – auch durch gemeinsame Erklärungen mit anderen Gewerkschaften, mit denen wir versuchten, eine gemeinsame Front zu bilden. Wir haben uns nach einem Monat an einem großen Musikfestival gegen die Invasion Russlands in der Ukraine beteiligt. Wir machen hier also keinen Unterschied, etwa indem wir die Palästinenser stärker unterstützen. Doch in Griechenland stößt der palästinensische Kampf für Frieden und Gerechtigkeit und zur Beendigung dieses Völkermords auf größere Zustimmung. Wir sind auch solidarisch mit Kuba, das derzeit unter der verschärften Blockade der Vereinigten Staaten leidet.

Und wie ist das Medienecho auf Ihre Proteste?

Die griechischen Medien sind ziemlich stark vom Großkapital beeinflusst, insbesondere von den Reedereien. Ich kenne keinen landesweiten Fernsehsender, der nicht einem Reeder gehört. Andererseits können sie es manchmal nicht verheimlichen, wenn Container blockiert werden oder im Hafen eine Demonstration stattfindet. Ausländische Zeitungen zeigen viel mehr Interesse an unseren Protesten als die griechischen. Das war schon so während des Privatisierungsprozesses des Hafens von Piräus.

Die israelische Marine hat am 30. April in internationalen Gewässern bei Kreta mehr als 20 Schiffe der »Global Sumud Flotilla« abgefangen. Griechenland nahm die meisten der rund 175 verschleppten Aktivisten auf und organisierte ihre Rückreise in die Herkunftsländer. Wie waren die Reaktionen in Griechenland?

Natürlich unterstützen wir die »Global Sumud Flotilla«. Es ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht, wenn Israel solche militärischen Aktionen in internationalen Gewässern, aber innerhalb des Such- und Rettungsgebiets eines Landes durchführt. Und hier sehen wir die schuldhafte

Oktober 2026: Demonstration zur israelischen Botschaft in Athen





Giorgos Gogos (rechts), Vorsitzender der Gewerkschaft der Hafenarbeiter in Piräus und sein Kollege Haris Papavramidis (links)

Haltung der griechischen Regierung. Wenn es nicht die israelische Marine, sondern ein türkisches Kriegsschiff gewesen wäre, wären die griechischen Massenmedien voll davon, und die Regierung hätte scharfe diplomatische Schritte unternommen. Die israelischen Schiffe ließen die verschleppten Aktivisten an einem Strand auf der Insel Kreta zurück, also in griechischem Hoheitsgebiet, während sie zwei Personen in Gefängnisse in Israel brachten. Das ist ein klarer Verstoß gegen das Völkerrecht.

Die sozialdemokratische Regierung in Spanien fordert von der EU, das Abkommen zwischen der Europäischen Union und Israel auszusetzen und so wirtschaftlichen Druck auszuüben. Deutschland blockiert ein solches Vorgehen. Wie beurteilen Sie die Haltung Deutschlands gegenüber Israel?

Ich bin nicht in der Lage, zu beurteilen, ob eine Regierung größere Schuld trägt als eine andere. Ich sehe aber Staaten innerhalb der Europäischen Union, wie Spanien, Slowenien, Irland, Island oder außerhalb der EU, etwa Südafrika, die sich gegen das israelische Vorgehen aussprechen und versuchen, auf diplomatischem Wege Druck auszuüben. Deutschland liefert Waffen fast überallhin. Griechenland kauft ebenfalls Waffen aus Deutschland. Griechenland und die Türkei sind Rivalen und kaufen beide Waffen aus Deutschland, doch zum Glück gibt es keinen Krieg oder keine offenen Konflikte zwischen den beiden Ländern. Wir geben wesentliche Teile des Staatshaushalts für Waffen aus, anstatt sie für soziale Ausgaben zu verwenden. Für sozialen Wohnungsbau, für Krankenhäuser, für Schulen, Infrastruktur und so weiter. ***Versuchen Sie, Ihre Kollegen in den deutschen Gewerkschaften davon zu überzeugen, es Ihnen mit Blockaden gegen Waffenlieferungen gleichzutun?***

Während unseres Besuchs in Deutschland hatten wir einige Kontakte zu Gewerkschaften. Mit der Jugend der IG

Metall in Salzgitter etwa. Und ich glaube, wir haben während unserer Gespräche Gemeinsamkeiten gefunden. Das Hauptproblem besteht darin, die Führung der großen Gewerkschaften zu überzeugen. Unserer Meinung nach ist das eine Grundsatzfrage, neben Fragen wie Tarifverträgen über Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz. Wir müssen aufmerksam sein und Augen und Ohren offen halten für soziale Probleme, zum Beispiel die Wohnungsnot oder die Teuerung. Aber daneben müssen wir unsere Ablehnung von Kriegen und unsere Solidarität mit den Schwachen zum Ausdruck bringen. Wir können hier nicht von außen in die deutschen Gewerkschaften eingreifen und sollten es auch nicht. Die Basis der Gewerkschaft muss Druck auf die Führung ausüben, damit die ihre Haltung ändert und globaler und humanitärer denkt, in Solidarität mit den Schwächsten. Und das sind heute zum Beispiel die Palästinenser.

Wird in Griechenland die Solidarität mit Palästina so wie in Deutschland kriminalisiert?

Nicht in diesem Ausmaß. Natürlich droht die Regierung auf vielfältige Weise. Die Polizei versucht, während Demonstrationen Repressionen auszuüben. Durch den von Israel und den USA begonnenen Krieg gegen Iran droht die Situation der Palästinenser wieder in Vergessenheit zu geraten. Doch die Menschen dort leiden immer noch. Sie sind Flüchtlinge. Gaza liegt in Trümmern. Und die israelische Besatzung breitet sich mit den rechtswidrigen Siedlungen immer mehr aus. Der Bericht der UN-Sonderbeauftragten für die besetzten palästinensischen Gebiete, Francesca Albanese, ist hier eindeutig. Das muss Menschen sensibilisieren, insbesondere Gewerkschafter, die die Kraft haben, friedliche Protestmittel einzusetzen.

Das Interview führte Carmela Negrete ■

Die Stützpunkte der USA und der NATO in Griechenland und ihre Rolle auf der heutigen geopolitischen Landkarte

Anfang Mai 2026 informierte uns Maria Tamiolaki über dieses Thema auf Veranstaltungen in Kassel und Berlin. Sie ist Kinderärztin und Mitglied in der Ärztegewerkschaft. In letzter Zeit, nach ihrer Pensionierung, engagiert sie sich in der Anti-Nato-Aktion, Athen. Wir dokumentieren ihre Rede:



Maria Tamiolaki (mit Mikrofon) auf der Veranstaltung in Berlin

Historischer Überblick

Das erste offizielle Abkommen über die Präsenz von Stützpunkten der USA und der NATO in Griechenland wurde im Oktober 1953 geschlossen. In den Bestimmungen hieß es unter anderem: „...Die Streitkräfte der USA und das unter ihrer Kontrolle stehende Material dürfen frei in Griechenland und in dessen Hoheitsgewässern ein- und ausreisen, sich dort frei bewegen und überfliegen... Diese Handlungen sind von jeglichen Abgaben, Zöllen und Steuern befreit...“

Dem waren natürlich vorausgegangen:

- **die Truman-Doktrin von 1947**

Es war umfangreiche wirtschaftliche und militärische Hilfe für Griechenland und die Türkei vorgesehen, um eine kommunistische Ausbreitung aus dem Norden zu verhindern. Die US-Luftwaffe wird auf dem Flughafen von Elliniko stationiert und beteiligte sich an den Bombardements der Truppen der Demokratischen Armee (es war die Armee der linken Volksfront) in Grammos und Vitsi, wodurch sie den griechischen Bürgerkrieg zugunsten der regulären Armee, der Kollaborateure, aber auch der Nazi-Kollaborateure entscheidet und ihm damit praktisch ein Ende setzt. Bezeichnenderweise warfen die Amerikaner hier zum ersten Mal die berüchtigten Napalm-Bomben ab, die sie im Vietnamkrieg im Übermaß gegen militärische, aber auch zivile Ziele einsetzten! Und

- **der Beitritt Griechenlands zur NATO im Jahr 1952**

Zu den ursprünglichen Standorten gehörten die Stützpunkte Elliniko und Nea Makri in Attika sowie die

Stützpunkte in Souda und Gournes auf Kreta. Bemerkenswert ist, dass in den Jahren 1959–1961 auf griechischem Territorium Atomwaffen stationiert wurden (Stützpunkt Araxos mit Fallbomben vom Typ B61). Mit der Errichtung der von den USA unterstützten militärisch-faschistischen Diktatur (1967–1974) „blühte“ die ungezügelte Präsenz der Amerikaner in Griechenland auf. Die Einrichtungen verschiedener Bereiche und Missionen sind über ganz Griechenland verstreut, auf dem Festland und in den Häfen.

Metapolitefsi,

nach der Militärdiktatur 1974 bis heute

Trotz der vorherrschenden Forderung der Bevölkerung nach Schließung der Stützpunkte in den 70er Jahren verschwinden die Stützpunkte NICHT, und es werden neue Abkommen zwischen den griechischen Regierungen und den USA geschlossen.

Abkommen 1976–77 (ND-Regierung), verlängert die Präsenz der Stützpunkte

23. Januar 1987 (PASOK-Regierung). Aufnahme von Verhandlungen von Grund auf neu. Die PASOK setzt die Abkehr vom Dogma der „kommunistischen Gefahr“ zugunsten der „Sicherung unserer Ostgrenzen“ durch.

Schließlich wird es im April 1990 unterzeichnet (Regierung der Nea Dimokratia): Das neue Abkommen zeichnet sich durch die Bestimmung der jährlichen Verlängerung aus, während es praktisch auch den Beginn der NATO-Integration der Ägäis einleitet (NATO-Hauptquartier in Larissa), ein Status, der laut lokalen Militärquellen mittlerweile vollständig ist. Zudem dehnt sich ihr Aktionsradius über Europa und den Mittelmeerraum (Verteidigungsschild) auf den Nahen Osten und den Persischen Golf aus (hier geht es natürlich nicht um Verteidigung). Mit dem Ende des Kalten Krieges schließen die Amerikaner nacheinander drei ihrer vier Hauptstützpunkte in Griechenland (Nea Makri und Elliniko in Attika sowie Gournes in Heraklion auf Kreta), während sie den Stützpunkt in Souda stark aufstocken (der übernimmt auch die Zuständigkeiten der übrigen Stützpunkte).

Abkommen von 2001 (PASOK-Regierung)

Darin wird eine allgemeine Extraterritorialität gewährleistet. So kann jeder US-Bürger zum Mitglied einer Militärmission „getauft“ werden und entzieht sich so der griechischen Justiz für jedes Vergehen, das er auf griechischem Boden begeht. Inkrafttreten des MDCA (Mutual Defence Cooperation Agreement – Abkommen über gegenseitige Verteidigungszusammenarbeit).

In der Gegenwart, in den Jahren 2021–2022, baut die Regierung der ND unter K. Mitsotakis die Beziehungen



Stand der Global Summit Flotilla in der Innenstadt von Athen im September 2025

Griechenlands zu den USA aus, ganz im Einklang mit deren eigenen geostrategischen Interessen, und unterzeichnet das 1. und 2. Änderungsprotokoll zum Abkommen über gegenseitige Verteidigungszusammenarbeit zwischen Griechenland und den USA. Nun erhalten die US-Streitkräfte eine ständige Präsenz in Souda, Larissa, Volos und Alexandroupoli. Das Abkommen wurde im Parlament mit Mehrheit von ND und PASOK verabschiedet und hat im Gegensatz zu den vorherigen, die eine Laufzeit von einem Jahr hatten, zunächst eine Laufzeit von fünf Jahren, um anschließend in ein unbefristetes Abkommen umgewandelt zu werden. Es ist vorgesehen, dass jede Seite die Möglichkeit hat, das Abkommen zu kündigen.

Im Detail

- Souda: Es handelt sich um den größten (Tiefwasser-) Marinestützpunkt der USA auf der Strecke von Norfolk (USA) bis Dubai, der für die Liegeplätze von Flugzeugträgern und Atom-U-Booten ausgelegt ist.
- Alexandroupoli: Seit dem Kriegsbeginn in der Ukraine wurde der Stützpunkt ausgebaut und verfügt nun über die Kapazität, riesige Mengen an militärischem Material auf dem Landweg zu transportieren, und zwar unabhängig von der Kontrolle über die Bosphorus-Meerenge.
- Larissa: (110. Kampfgeschwader): Zentraler Informationsknotenpunkt. Hier sind die unbemannten amerikanischen MQ-9-Flugzeuge stationiert. Drohnen überwachen in Echtzeit die Bewegungen der iranischen Flotte und ihrer Verbündeten. Hier befindet sich auch ein NATO-Hauptquartier zur Überwachung der Balkanstaaten und darüber hinaus.
- Stefanovikio(Volos): Stützpunkt für Apache- und Black-Hawk-Hubschrauber.
- Luftwaffenstützpunkt Araxos (116. Luftwaffengruppe): Wird als Standort für potenzielle Unterstützung im Rahmen der NATO-Nuklearstrategie genannt. Es gibt 6 Hangars vom Typ WS3 zur sicheren Lagerung von „Spezialwaffen“ im Caretaker-Status („reduzierte Einsatzbereitschaft“).
- Luftwaffenstützpunkt Andravida (117. Luftwaffengruppe): Es finden gemeinsame Übungen und Stationierungen im Rahmen internationaler Missionen statt.
- Luftwaffenstützpunkt Aktio (Preveza): Beteiligung an der Überwachung durch die Stationierung von AWACS-Flugradarsystemen.



Nächtliche Spontandemonstration in Athen am 1. Oktober 2025 nach Aufbringen der Flotilla durch die Israelischen Marine

Diskutiert wird die Einrichtung neuer Stützpunkte auf Karpathos, Syros und Kastellorizo, wobei jede militärische oder auch nicht-militärische Infrastruktur des Landes dem US-Militär für dessen Bedürfnisse zur Verfügung gestellt werden kann.

Die Rolle der griechischen Stützpunkte im Krieg in der Ukraine

- Alexandroupoli: Dient als Hauptstützpunkt. Es ist der zentrale europäische Knotenpunkt für den Transport von militärischer Ausrüstung, Treibstoff und Personal in die Ukraine. Aus der nationalen Verteidigung wurden auch griechische Waffensysteme (Panzer) entnommen und über Alexandroupoli in die Ukraine transportiert.
- Souda: Nützlich für die Informationsbeschaffung und Überwachung.
- Außerdem nutzen Transportflugzeuge griechische Flughäfen (z. B. Elefsina) für den Versand von Waffen in die Ukraine.

Die Rolle der Stützpunkte im Krieg und beim Völkermord, den Israel in Palästina begeht

- Souda: Für die NATO und die Amerikaner ist dies ein Super-Stützpunkt, da hier Flugzeugträger (Ford, Nimitz) vor Anker liegen, die auch Atomsprengköpfe transportieren. Er verfügt über Fernerkundungssysteme zur Überwachung und Absicherung der Seewege, auf denen sich Israel bewegt.

Griechenland im Krieg Israels und der USA gegen den Iran

- Entsendung von zehn (!) Kriegsschiffen (mit 85 Seeleuten) in den Persischen Golf.
- Entsendung von Patriot-Luftabwehrsystemen nach Saudi-Arabien.

Angesichts all dessen wird deutlich, dass die Unterordnung des Landes unter die US- und Nato-Interessen in der Geschichte des Landes nun beispiellose Ausmaße annimmt.

Griechenland wird unter der Verantwortung der Mitsotakis-Regierung zu einem Ausgangspunkt für die Kriegspläne der USA, der NATO und der EU, schmiedet

Bündnisse fernab von den nationalen und volksnahen Interessen, duldet, wenn nicht sogar ermutigt, den völkermordenden Staat Israel zur Fortsetzung seiner Politik gegen das palästinensische Volk, während die Regierung bereit ist, das Land in jeden zukünftigen Krieg der NATO, der USA, aber auch der EU zu verwickeln.

In diesem Zusammenhang liegen die Militärausgaben für 2026 bei 7–8 Milliarden, was etwa 3,1 % des BIP entspricht, wobei Griechenland den dritten Platz – die „beste“ Position in der EU – einnimmt, während sie – auf Verlangen von Trump – bis 2035 auf 5 % steigen sollen. In der EU selbst stiegen die Verteidigungsausgaben im Jahr 2025 um 11 % im Vergleich zum Vorjahr und um 62,87 % im Vergleich zu 2020, wobei dieselbe kriegslüsterne und ausweglose Politik verfolgt wird, die von den USA diktiert wird, aber auch natürlich die Zustimmung der politischen Elite hat. Für 2025 wird in der EU geschätzt, dass die Rüstungsausgaben auf 2,1 % des europäischen BIP steigen werden, mit Blick natürlich auf die 5 %.

Es ist offensichtlich, dass dieser Politik jegliche Sozialpolitik sowie die allgemeinen Bedürfnisse der Bevölkerung sowohl in Griechenland als auch in Europa geopfert werden.

Risiken einer Verwicklung Griechenlands in die kriegesischen Handlungen

Die Regierung in Teheran hat erklärt: „Jeder Staat, der sein Territorium für Angriffe gegen uns zur Verfügung stellt, wird zu einem legitimen militärischen Ziel.“

Die Gefahren, denen das Land ausgesetzt ist, sind real, wobei die sogenannten hybriden Bedrohungen am wahrscheinlichsten sind (Sabotage, Cyberangriffe, Einzeltäter usw.). Es gibt den Fall Zypern, das zwar kein

NATO-Mitglied ist, aber dennoch von einer Militärdrohung angegriffen wurde, die auf sein Territorium (britischer Stützpunkt) zusteuerte und vom Libanon (Hisbollah?) gestartet war.

Schließlich handelt es sich vielleicht nicht nur um ein Spiel: In Simulationsmodellen russischer Vergeltungsdrohungen sind auch griechische Ziele enthalten, wie Studenten der Universität Harvard in einer Arbeit festhielten!

Reaktionen in der griechischen Gesellschaft

Auf der Website des griechischen Parlaments (Vouli-watch), wo häufig Umfragen zur Stimmungslage in der Öffentlichkeit veröffentlicht werden, lautete die Frage:

Wie würden Sie beim 2. Änderungsprotokoll zum MDCA (SAAS) zwischen Griechenland und den USA abstimmen? Das Ergebnis lautete wie folgt:

JA 39 %

NEIN 58 %

ENTHALTUNG 3 %

Natürlich sind diese Umfragen zwar ein Indikator für die Stimmung in der Bevölkerung, aber es sind nicht die Umfragen, die diese Politik umkippen können. Die Mobilisierungen für die Schließung der Stützpunkte haben kraftvoll begonnen und gewinnen von Tag zu Tag an Breite. Es bedarf einer starken Volksbewegung mit dem zentralen Ziel der Schließung der Stützpunkte (Souda an vorderster Front) und der Umkehrung der politischen Strategien, die das Land in einen amerikanischen Vorposten verwandeln und damit den Wohlstand und die Sicherheit unserer Gesellschaft, aber auch der kommenden Generationen, gefährden.

Maria Tamiolaki, Mai 2026 ■



Plakatwand im Büro der griechischen Gewerkschaft der Seeleute PENEN:
Sieg dem palästinensischen Widerstand.
Gegen den Apartheidstaat Israel. Basisgewerkschaften und Gruppierungen solidarisieren sich mit dem palästinensischen Volk

Quellen

<https://www.ieidiseis.gr/ellada/712549/poy-vriskontai-oi-amerikanikes-vaseis-stin-ellada-chartis/>

<https://www.voria.gr/article/oi-amerikanikes-baseis-stin-ellada-aspida-i-stohos-poy-brisketai-ti>

<https://www.newsbeast.gr/greece/arthro/8375001/oi-xechasmenes-peripeteies-tis-elladas-me-ta-pyrinika-opla>

<https://www.ellinikos-stratos.com/arhra/mdca>



Diskussionsrunde mit in der IGM organisierten Auszubildenden

Griechische Delegation besucht Salzgitter

Für den 6. Mai hatte der Migrationsausschuss der IG Metall Salzgitter-Peine unsere griechischen Gäste eingeladen. Auf dem Programm stand eine Werksbesichtigung des VW-Motorenwerkes in Salzgitter, organisiert durch die Vertrauenskörperleitung des Standortes. Zu Beginn gab es einen kurzen Austausch im Betriebsratsbüro. Christos Paladis, Vertrauensmann bei VW und Vorsitzender des IGM-Migrationsausschusses, erläuterte die Unterschiede zwischen der gewerkschaftlichen Organisation in beiden Ländern. Während in der BRD wenige große Gewerkschaftsverbände die Organisation der Lohnabhängigen prägen, gilt in Griechenland das Prinzip: ein Betrieb eine Gewerkschaft. So existieren dort mehrere tausend Gewerkschaften mit den unterschiedlichsten gewerkschaftlichen und politischen Ausrichtungen.

Die großen Dachverbände ADEDY für den öffentlichen Sektor und GSEE für die private Industrie sind abgehoben von den Interessen der arbeitenden Menschen. Ihre Spitzenfunktionäre werden vom Staat bezahlt und repräsentieren vor allem die Vertreter von politischen Parteien in den Gewerkschaftsdachverbänden, von der ND¹ über die PASOK² bis hin zu SYRIZA³ und der KKE⁴.

- 1 Nea Demokratia, vergleichbar mit der Union, sie umfasst liberal-konservative und ultra-nationalistische Kräfte bis hin zu einzelnen Vertretern, deren Anschauungen als faschistisch charakterisiert werden.
- 2 Panellinio Sozialistiko Kinima, die traditionelle Sozialdemokratische Partei Griechenlands, die nach dem Sturz der Obristendiktatur entscheidenden Einfluss in den Gewerkschaften hatte.
- 3 Koalition der Radikalen Linken, 2015 errang sie die Mehrheit der Sitze im Parlament und bildete mit den nationalistischen „Unabhängigen Griechen“ eine Koalition.
- 4 Die traditionelle Kommunistische Partei Griechenlands, die einen sektiererischen Kurs fährt.

Sie stoßen in der arbeitenden Bevölkerung großteils auf Desinteresse, teilweise auf vehemente Ablehnung.

Apostolis Kapsalis, ehemals Mitarbeiter für Arbeits- und Sozialrecht im Dachverband GSEE, wurde entlassen,



Delegation und Vertrauensleute auf der Treppe zum BR-Büro

weil deren Spitzenfunktionäre an der Veröffentlichung seiner wissenschaftlichen Untersuchungen nicht interessiert waren. Er setzt inzwischen seine Arbeit als Professor an der Panteion Universität Athen fort. Christos beendete seine Vortrag mit einem aktuellen Zitat von Apostolis: „In Griechenland gibt es nicht nur ein neoliberales Regime, sondern die Gesellschaft hat sich neoliberalisiert.“

Dieser kurzen Infoveranstaltung folgte die Betriebsbesichtigung, organisiert über die Vertrauenskörper-Leitung. Rund 7.500 Menschen sind am Standort beschäftigt. Sie produzierten im Jahr 2025 insgesamt 728.000 Motoren. Bei der Fahrt durch die riesigen Produktionshallen wurde die Umstellung der Motorenproduktion sichtbar. Ein Teil der Produktionsanlagen für Benzin- und Dieselmotoren wurde abgebaut. Neue Produktionshallen entstehen für die 2022 gegründete PowerCo SE. Dort bündelt VW die Entwicklung und Produktion von Batteriezellen für die künftigen Elektroautomobile.

Austausch mit der Gewerkschaftsjugend: Gegen die Wehrpflicht

Völlig anders als die Veranstaltungen in Kassel und Berlin verlief das Treffen in Salzgitter. Für den frühen Abend hatte der Migrationsausschuss der IGM ins Gewerkschaftshaus Salzgitter eingeladen. Der Kreis blieb überschaubar. So konnten alle Anwesenden sich persönlich vorstellen. Zahlreiche Auszubildende aus dem Stahlwerk waren gekommen und erzeugten Aufmerksamkeit bei den griechischen Gästen. Sie waren erstaunt über die frühzeitige Ausbildung junger Menschen.

Die bei uns übliche duale Ausbildung gibt es in Griechenland nicht. Aber auch dort organisieren sich zunehmend weniger junge Leute gewerkschaftlich. So standen nicht Fragen an die Gäste im Vordergrund, sondern deren Fragen an die jungen Leute, die ihre ersten gewerkschaftlichen und politischen Erfahrungen im Betrieb und in der IG Metall sammeln. Auch bei ihnen war die Furcht vor einer möglichen militärischen Zuspitzung spürbar. Dies machten sie mit ihrer Ablehnung der geplanten Wiederinkraftsetzung der Wehrpflicht deutlich. In Griechenland besteht seit langem eine allgemeine Wehrpflicht, die auch nie ausgesetzt wurde.

So bestand der Gewinn dieser Diskussionsrunde in den Stimmungen, Gefühlen und Meinungen, die die Auszubildenden den griechischen Kollegen vermittelten. Einen so authentischen Einblick in die Gefühlswelt der Jugend können wir, die alten „Polithasen“, sicherlich nicht vermitteln.

A.H., 10.07.2026 ■



Den Abschluss der Veranstaltung bildete die Aufnahme von einem Video-Clip zur Unterstützung der streikenden Belegschaft von StanleyFeinwerktechnik in Lahnau. Die Jugendlichen und ihre griechischen Gäste übermittelten der Belegschaft ihre Solidarität.



Kundgebung von Gewerkschafter:innen und antimilitaristischen Initiativen – darunter die "Anti-Nato-Aktion, Athen" – gegen Motor Oil in Agioi Theodori (Korinth)

Dokument gegen den Krieg

Erklärung der Anti-Nato-Aktion, Athen

Nach dem Völkermord am palästinensischen Volk in Gaza – der trotz des angeblichen „Waffenstillstands“ weitergeht – erleben wir einen weiteren Krieg in unserer Nachbarschaft.

Die USA und Israel bombardieren den Iran und den Libanon und starten Angriffe auf Syrien, wodurch sie die gesamte Region des östlichen Mittelmeers in einen Schauplatz des Krieges, des Grauens und des Todes verwandeln.

Als Lohnabhängige und als Gewerkschaftsmitglieder verurteilen wir diesen Angriff, der nichts mit den Interessen der Völker der Region zu tun hat. Ganz gleich, was die Mächtigen dieser Welt in ihren Medien und in ihren Erklärungen sagen – wir sind absolut sicher, dass ihnen „Menschenrechte“ und „Demokratie“ völlig egal sind: Israel, das Völkermord am palästinensischen Volk begeht, und die USA, die im eigenen Land ICE-Einsatzkräfte loschicken, um Zivilist*innen zu ermorden. ... Egal, wie oft sie seit Jahrzehnten dieselben Argumente vorbringen, um imperialistische Interventionen und „Regimewechsel“ zu rechtfertigen – die wahren Ursachen dieses neuen Blutvergießens sind ihre materiellen Interessen und ihre strategischen Pläne.

Die Kontrolle über Öl und andere ressourcenreiche Rohstoffe, Handelswege und die Macht in diesen Ländern – das ist das Ziel der USA, Israels und ihrer Verbündeten. Die Geier der Kriegsindustrie und des internationalen Kapitals sind bereit, ein weiteres Kriegsgebiet für profitable Geschäfte zu nutzen.

Dagegen zahlen wir arbeitenden Menschen bereits für die täglichen Steigerungen bei den Kraftstoff- und Energiekosten sowie bei den Supermarktpreisen, und es wird noch schlimmer kommen. ... Während die „Schwarzmarkthändler“ von heute – multinationale Konzerne und Unternehmen – ein neues Fest der Profitgier feiern. ... Vor die Alternative wurden wir bereits von Regierungsvertretern gestellt: „Wollt ihr Lohn- und Rentenerhöhungen oder ‚Sicherheit‘ und Fregatten in Zypern?“ Damit kündigen sie an, dass selbst die mageren Mindestlohnsteigerungen, über die in den kommenden Tagen entschieden wird, geringer ausfallen werden als die wenigen Euro, die sie uns zuvor versprochen hatten.

Griechenland beteiligt sich ebenfalls an diesen ungerechten Kriegen gegen das iranische Volk und andere Nationen, egal was Minister und Regierungsvertreter auch sagen mögen! Der Einsatz der Fregatte Kimon und griechischer F-16-Kampfflugzeuge auf Zypern hat nichts mit dem Schutz des zypriotischen oder griechischen Volkes zu tun. Die britischen Stützpunkte, die Israel und den Amerikanern helfen, stellen eine Gefahr für die Zyprioten dar und sind aus diesem Grund Ziele für Vergeltungsmaßnahmen. Die NATO- und US-Stützpunkte in Souda, Larissa und Alexandroupoli, die an der Militäroperation beteiligt sind, stellen eine Gefahr dar. Die griechischen Patriot-Raketen in Saudi-Arabien, die Ankündigungen bezüglich der Unterstützung der bulgarischen Luftverteidigung und die Entsendung griechischer Streitkräfte nach Gaza stellen gefährliche, aggressive Handlungen dar. Sie dienen nicht der „Abschreckung“ oder als eine Maßnahme für unsere „Sicherheit“.

Die Arbeiterbewegung und die arbeitende Bevölkerung haben nur ein Interesse: Nein zu Krieg und Interventionen in anderen Ländern zu sagen. Massenkämpfe gegen die Kriegsmaschinerie, um der Beteiligung unseres Landes an Kriegen entschieden eine Absage zu erteilen.

- Wir fordern, dass die Militärstützpunkte geschlossen und aus Griechenland abgezogen werden und dass kein Soldat über unsere Grenzen hinaus entsandt wird.
- Wir fordern, dass unsere eigenen Bedürfnisse erfüllt werden – Lohnerhöhungen, Tarifverträge und Arbeitsplätze mit Rechten. Wir wehren uns gegen milliarden-schwere Rüstungsprogramme, Kriegsausgaben, Rassismus, Nationalismus und Militarismus.
- Lasst uns laut verkünden, dass das Volk keine „Beschützer“ braucht, dass nur der gemeinsame Kampf und die Solidarität der Völker der Region Frieden bringen können, gegen den Tod, den der Krieg mit sich bringt.
- Wir unterstützen alle Antikriegskämpfe gemeinsam mit Gewerkschaften, Kollektiven und Initiativen der Antikriegsbewegung.
- Wir unterstützen alle Antikriegsmobilisierungen gemeinsam mit Gewerkschaften, Kollektiven und Initiativen der Antikriegsbewegung.

Anti-Nato-Aktion, Athen ■

Der antimilitaristische Widerstand in den Gewerkschaften beginnt sich zu formieren



Großdemonstration im Wedding unter Beteiligung etlicher gewerkschaftlicher Aktivistinnen · Fotos: Björn Obmann